

(Beginn: 15.36 Uhr – Ende: 19.06 Uhr)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 48. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2004/2009. Das ist eine Sondersitzung zur aktuellen Situation nach dem Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln.

Nach Diskussionen in der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden am Freitag, den 6. März, habe ich mich entschlossen, die heutige Sondersitzung des Rates einzuberufen und dem Hauptausschuss weiterhin regelmäßig zu berichten. Aus diesem Grund habe ich zu einer Hauptausschusssitzung für nächste Woche Donnerstag, den 19. März, bereits eingeladen. Auf Wunsch von CDU und FDP, dem ich gerne nachkomme, soll der Kreis der Teilnehmer im Hauptausschuss gemäß der Thematik und der Zuständigkeiten jeweils erweitert werden, zum Beispiel um die kulturpolitischen Sprecher, wenn es um den Komplex Archivalien geht

Ich begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie alle Mitglieder des Rates.

Lassen Sie uns zu Beginn der heutigen Sitzung kurz innehalten und den Opfern und Betroffenen dieses schrecklichen Unglücks, insbesondere dem bereits tot geborgenen Kevin sowie seinen Angehörigen gedenken. Denken sollten wir in diesem Moment auch an den immer noch vermissten Khalil und seine Angehörigen. Wir alle hoffen immer noch auf ein Wunder.

Unsere Gedanken sind darüber hinaus auch bei den Opfern und deren Angehörigen des heutigen Amoklaufs im baden-württembergischen Winnenden, eine Nachricht, die uns heute Vormittag zutiefst erschüttert hat. Ich darf Sie alle bitten, sich zu einer Schweigeminute zu erheben.

(Die Mitglieder des Rates erheben sich zu einer Schweigeminute)

Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Gärtner, Frau Heuer, Herr Hock, Herr Lierenfeld, Herr Dr. Schoser und Herr Petelkau entschuldigt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Moritz und Herr Sörries sind erkrankt! - Ralph Sterck [FDP]: Herr Mendorf lässt sich auch entschuldigen!)

- Herr Sörries und Frau Moritz sind aufgrund von Krankmeldungen heute ebenfalls entschuldigt. Auch Herr Mendorf fehlt heute entschuldigt.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Dr. Lemper, Frau dos Santos Herrmann und Frau Ulke.

Ein besonderer Gruß gilt heute Herrn Waschek, dem ich auch im Namen des Rates zu seinem heutigen Geburtstag herzlich gratulieren möchte.

(Allgemeiner Beifall)

Wir werden nun die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Zusätzlich ist noch eine Anfrage von Herrn Dr. Müser eingegangen, die als Tagesordnungspunkt 2.4 umgedruckt wurde. Zudem gibt es eine weitere Anfrage von der Fraktion Die Linke, die unter Tagesordnungspunkt 2.5 behandelt werden kann. Des Weiteren ist ein Änderungsantrag von Frau Demirel und Herrn Ludwig zum Tagesordnungspunkt 1.3 eingegangen.

Die Anträge und die Anfragen wurden Ihnen vorab zugeleitet und liegen Ihnen gedruckt als Tischvorlage vor. Nach den kurzen Vorträgen von Feuerwehr, Stadt und KVB werden Sie ausgiebig Gelegenheit haben, Fragen zu stellen und Ihre Statements abzugeben. Daran anschließend werden wir die in der Tagesordnung aufgeführten Anträge und Anfragen der Ratsfraktionen behandeln. In diesem Zusammenhang schlage ich vor, die Regelungen in § 14 der Geschäftsordnung für die heutige Sitzung aufzuheben. Das bezieht sich insbesondere auf die Aufhebung des Zeitlimits von einer Stunde, auf die Möglichkeit von Nachfragen sowie das Ermöglichen einer Aussprache. Wir sollten uns dafür die Zeit nehmen.

Weiterhin schlage ich vor, die Reihenfolge der Tagesordnung so abzuändern, dass wir die Anfragen vor den Anträgen behandeln. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der 3. März 2009 wird als trauriges Datum in die Geschichte unserer 2 000 Jahre alten Stadt eingehen. An diesem Tag sind um 13.58 Uhr in der Innenstadt das Historische Archiv unserer Stadt sowie zwei angrenzende Nebengebäude eingestürzt. Ihre Trümmer begruben in einem tiefen Krater einen, vermutlich zwei Menschen. Sie rissen aber auch das historische Gedächtnis unserer Stadt sowie das Hab und Gut der betroffenen Anwohner mit in die Tiefe. Angesichts dieser Tragödie stehen wir noch immer unter Schock. Fassungslos verfolgen wir die Such- und Bergungsarbeiten und können das Ausmaß dieser schrecklichen Katastrophe noch immer nicht vollständig begreifen.

Inzwischen haben wir die traurige Gewissheit, dass dieses schreckliche Unglück ein Menschenleben gekostet hat. Der 17-jährige Kevin konnte in der Nacht von Samstag auf Sonntag nur noch tot geborgen werden. Wir fühlen mit seinen Angehörigen und Freunden, über die großes Leid gekommen ist. Wir hoffen aber noch immer auf ein Wunder, nämlich dass Khalil doch noch lebend gefunden wird. Unsere Gedanken sind in diesen Stunden auch bei ihm und seinen Angehörigen. Ich weiß, wie es ist, wenn man plötzlich und unerwartet einen nächsten Angehörigen verliert. Meine Betroffenheit und mein Mitgefühl mit den Angehörigen können sie nur erahnen.

Wir fühlen mit den Überlebenden des Unglücks, mit denen, die am Unglücksort alles verloren haben, die ihre Wohnungen zurücklassen mussten und nun teilweise miterleben müssen, wie ihr Zuhause abgerissen wird. Wir denken an diejenigen, die erst in einigen Tagen oder Wochen in ihre Wohnungen zurückkehren können. Wir fühlen auch mit den Menschen, die den Einsturz des Historischen Archivs hautnah erlebt und knapp überlebt haben: die Besucherinnen und Besuchern des Archivs, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Kunden der nebenan liegenden Bäckerei und der Spielhalle, die Schülerinnen und Schülern der umliegenden Schulen sowie alle, die an diesem Tag zu dieser Stunde in der Severinstraße waren. Nicht zuletzt denken wir auch an die übrigen Anlieger der Nord-Süd-U-Bahn, die nun in Angst und Sorge leben, dass etwas Ähnliches wieder passieren könnte.

Als Oberbürgermeister dieser Stadt sehe ich es nicht nur als meine Pflicht, sondern auch als eine Verpflichtung an, die Sorgen und Ängste aller Menschen in Köln ernst zu nehmen. Niemand

kann angesichts dieser verheerenden Katastrophe einfach zur Tagesordnung übergehen. Das Unglück hat eine tiefe Wunde gerissen. Mit dem Einsturz des Stadtarchivs ist viel Vertrauen verlorengegangen. Nun ist es an uns, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Das kann uns jedoch nur gelingen, wenn wir alles dafür tun, die Ursachen dieses Unglücks aufzuklären, um dafür zu sorgen, dass sich so etwas nicht wiederholen kann.

Wir müssen wissen, ob Fehler gemacht worden sind, es eventuell Versäumnisse gab oder unvorhersehbare Entwicklungen aufgetreten sind. Das sind wir nicht nur Kevin und Khalil sowie ihren Angehörigen schuldig, das sind wir auch den Kölnerinnen und Kölnern schuldig, die einen Anspruch darauf haben, hier in dieser Stadt sicher zu leben.

Bei allem, was wir tun, hat für uns Sicherheit oberste Priorität. Deshalb habe ich die Kölner Verkehrsbetriebe aufgefordert, unverzüglich ein Moratorium für die Bauaktivitäten der Nord-Süd-Bahn einzuleiten. Es ging mir nicht darum, sicherheitsverbessernde Baumaßnahmen zu stoppen. Diese Arbeiten sollen, ja, sie müssen weitergehen. Natürlich ist es nach wie vor unser Ziel, die Nord-Süd-U-Bahn fertigzustellen. Aber sie muss absolut sicher fertiggestellt werden. Deshalb habe ich die KVB gebeten, die von den aktuellen Baumaßnahmen betroffenen Bürgerinnen und Bürger schnell und exakt zu informieren, welche Maßnahmen noch durchgeführt werden, und darzustellen, warum diese Arbeiten sicherheitsverbessernd sind und somit letztlich dem Schutz der Bevölkerung dienen. Es war gut und richtig, dass die KVB meiner Forderung nachgekommen ist; denn damit zeigt dieses Unternehmen, das tagtäglich die Menschen in Köln gut und sicher befördert, dass es die Sorgen und Ängste der Menschen an der Neubaustrecke ernst nimmt.

Der Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln ist aber auch eine kulturelle Katastrophe, die weit über die Grenzen unserer Stadt und unseres Bundeslandes hinausreicht. Das Historische Archiv der Stadt Köln war das größte und das bedeutendste kommunale Archiv nördlich der Alpen. Neben dem menschlichen Schicksalsschlag ist ein immenser kulturgeschichtlicher Schaden zu beklagen. Zu beklagen ist der Verlust und die Beschädigung von oft unersetzbaren historischen Originalzeugnissen. Es geht hier um Kulturgut von nationaler Bedeutung. Die Rettung dieses Kulturguts ist folglich auch eine nationale Aufgabe, die vielleicht noch größerer

Anstrengungen als bei der Herzogin Anna Amalia Bibliothek oder der Dresdner Frauenkirche bedarf. Bei der Krisenbewältigung steht die Stadt Köln national wie international im Fokus der interessierten und auch kritischen Öffentlichkeit.

Meine Damen und Herren, in diesen schlimmen Zeiten stehen wir zum Glück nicht alleine da. Das Unglück auf der Severinstraße zeigt in ganz beeindruckender Weise, dass wir Kölner gerade in Ausnahmesituationen zusammenstehen und füreinander da sind. Der Einsturz des Historischen Archivs hat den kompliziertesten Rettungseinsatz in der Nachkriegsgeschichte unserer Stadt ausgelöst. Die Hilfsbereitschaft und Solidarität der Menschen in dieser Stadt und weit darüber hinaus waren und sind immer beeindruckend. Dafür spreche ich allen meinen ausdrücklichen Dank und meine Hochachtung aus.

(Allgemeiner Beifall)

Dieses Unglück hat gezeigt, dass es richtig war, das grundsätzliche Vorgehen bei einem Großschadensereignis neu zu regeln. Die von mir in Kraft gesetzte Verfahrensweisung aus dem Jahre 2005 hat sich bestens bewährt. Einsatzleitung und Krisenstab arbeiten Hand in Hand. Mein ganz besonderer Dank gilt dem Einsatzleiter und Leiter der Kölner Berufsfeuerwehr, Herrn Stephan Neuhoff.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Neuhoff, wir alle und auch ich danken Ihnen für Ihren herausragenden persönlichen Einsatz. Unser Dank gilt auch Ihrem gesamten Team.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso danke ich Herrn Stadtdirektor Kahlen, den ich zum Leiter des Krisenstabes ernannt habe, für die hervorragende Arbeit, die er geleistet hat. Mein Dank gilt auch dem gesamten Dezernenten-Team.

(Allgemeiner Beifall)

Ein riesiges Lob geht an dieser Stelle vor allem auch an die vielen ehrenamtlichen Einsatzkräfte und Helfer, die seit mehr als einer Woche genau das Richtige tun: Sie haben sofort gehandelt, sie helfen, sie retten. Ihre Einsatzbereitschaft ist bis zum heutigen Tag ungebrochen. Ich nenne hier die Kölner Berufsfeuerwehr, die freiwilligen Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, die Angehörigen der Rettungsdienste, die Ärzte, die Sanitäter, die Besatzungen des

Einsatzhubschraubers, die Psychologen, die Notfallseelsorger und die Betreuer, nicht zu vergessen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und des Archivs, die Polizistinnen und Polizisten, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die Einsatzkräfte für den Dienst an der Unglücksstelle freistellen, sowie alle, die im Zusammenhang mit diesem Unglück ihren Dienst geleistet haben und noch leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Inmitten dieser Katastrophe leisten sie alle Außergewöhnliches. Sie zeigen damit, dass Solidarität und Verantwortungsbewusstsein in unserer Gesellschaft keine leeren Worthülsen sind. Viele arbeiten seit Tagen an ihrer Belastungsgrenze. Sie stehen unter einer unglaublichen psychischen Belastung, doch sie arbeiten weiter. Sie tun das, weil sie helfen wollen. Dafür danke ich ihnen von ganzem Herzen.

Ich danke aber auch der KVB dafür, dass sie unverzüglich und unbürokratisch den Menschen, die zum Teil alles verloren haben, geholfen hat. Insgesamt wurden bisher an 121 Personen Entschädigungszahlungen in Höhe von 550 000 Euro ausgezahlt.

Beeindruckt bin ich von der großen Hilfs- und Spendenbereitschaft in der Bevölkerung sowie im In- und Ausland. Sie findet ihren Ausdruck in vielen kleinen und großen Gesten. So haben uns direkt nach dem Unglück zahlreiche Hilfsangebote aus unseren Partnerstädten erreicht. Das Land unterstützt mit 300 000 Euro Soforthilfe aus der Landeskasse die Restaurierungsarbeiten in Köln. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat mir persönlich jedwede Hilfe angeboten.

Etliche Mitarbeiter der Verwaltung sind voll damit beschäftigt, Anrufe von Spendern und Wohnungsangebote entgegenzunehmen. Neben Sachspenden, die in der Beratungsstelle an der Severinstraße abgegeben werden, sind bislang zahlreiche Spendenangebote für Kleidung, Haushalts- und Einrichtungsgegenstände sowie Spielsachen eingegangen. Daran sind auch viele Kölner Firmen beteiligt. Auch tatkräftige Hilfe für den Umzug, die Betreuung und die Fahrdienste wird angeboten. Auf das von mir eingerichtete Spendenkonto sind bis zum heutigen Mittwoch rund 44 500 Euro eingezahlt worden.

Die Kölner Wohnungsversorgungsbetriebe unter Leitung von Herrn Schleicher, die sich um alle

persönlichen Hilfeleistungen kümmern, werden auch die Verteilung der Spendengelder organisieren. Die beiden örtlich ansässigen Kirchengemeinden und der Diözesan-Caritasverband werden sich an der Verteilung dieser Mittel beteiligen, damit die Geldspenden auch wirklich für persönliche und spezielle Hilfsbedarfe eingesetzt werden.

Nicht zuletzt zeigt sich die große Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung auch in der Zahl der Wohnungsangebote für die vom Unglück Betroffenen. 41 Haushalte mit etwa 60 Personen haben kein Zuhause mehr beziehungsweise haben in unmittelbarer Nachbarschaft der eingestürzten Häuser gewohnt und möchten, da sie sich dort jetzt nicht mehr sicher fühlen, nicht mehr in ihre Wohnungen zurückkehren. Die Anzahl der Wohnungsangebote beläuft sich aktuell auf 261. Davon gibt es bereits fünf aussichtsreiche Vermittlungen. Zurzeit sind 33 Personen im Hotel untergebracht. Mit jedem wohnungssuchenden Haushalt besteht laufend persönlicher Kontakt. Intensive Beratung bei der Wahl und Begleitung bei der Besichtigung wird angeboten.

Neben der Suche nach einem neuen Zuhause haben sich die Evakuierten aber auch sehr existenziellen Fragen zu stellen. Weil dies ohne Zugriff auf persönliche Unterlagen, zum Beispiel den eigenen Computer oder die häusliche Privatsphäre, kaum möglich ist, wurde jedem Haushalt ein persönlicher Begleiter zur Seite gestellt. Die Mitarbeiter der Wohnungsversorgungsbetriebe stehen den Betroffenen für jegliche Hilfe und Unterstützung zur Verfügung und befinden sich laufend in direktem Kontakt mit ihnen.

Das Erlebte belastet die Betroffenen schwer. Viele sind noch nicht in der Lage, sich schon mit der Anmietung einer neuen Wohnung auseinanderzusetzen. Für die Mietparteien, deren Hausrat ausgelagert worden ist, besteht die Möglichkeit, ihr Eigentum auf dem Gelände der Spedition in Augenschein zu nehmen.

Angesichts der Vielfalt der Aufgaben habe ich in Abstimmung mit dem Krisenstab und den Ratsfraktionen Herrn Dr. Peter von Blomberg das Mandat eines ehrenamtlichen und unabhängigen Ombudsmanns übertragen. Aufgabe dieses Ombudsmanns wird es sein, durch Bauschäden, Wohnungsverlust oder anderweitig materiell geschädigte Personen im Bereich der Unglücksstelle Severinstraße bei der raschen und unbürokratischen Schadensabwicklung zu unterstützen und

eventuell auch zwischen Parteien moderierend zu wirken. Ich freue mich, dass wir Herrn Dr. von Blomberg für diese Aufgabe gewinnen konnten. Ich schätze ihn auch aufgrund der bisherigen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit den städtischen Antikorruptionsmaßnahmen als eine kritische und unabhängige Persönlichkeit.

Meine Damen und Herren, es wird lange dauern, sehr lange, bis die klaffende Wunde in der Severinstraße mitten in unserer Stadt auch nur im Ansatz heilt. Doch trotz aller Betroffenheit und Trauer müssen wir auch nach vorne schauen. Welche Aufgaben liegen vor uns? Zuallererst muss natürlich der vermisste Khalil gefunden werden. Ich darf an dieser Stelle den Leitenden Branddirektor Stephan Neuhoff zitieren: „Wir suchen den Vermissten, bis wir ihn gefunden haben“. Die Bergungs- und Aufräumarbeiten sowie die Sicherung der Unglücksstelle werden noch viele Monate andauern.

Parallel dazu gilt es, die historischen Dokumente und Unterlagen zu bergen. Wir alle empfinden tiefe Dankbarkeit für die überwältigenden Zeichen der Solidarität im Kampf um die Rettung des Kulturgutes. Zu nennen sind die Archivare, die Restauratoren und andere Fachkräfte aus allen Teilen Deutschlands, die in unermüdlichem Einsatz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Historischen Archivs bei dieser wirklich mühsamen Bergung der verschütteten Archivalien aktiv und auch sachkundig unterstützen, aber auch Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich mit Spenden oder sonstigen Hilfsangeboten engagieren, sowie die Einsatzkräfte der Feuerwehr und anderer Hilfsdienste, die vor Ort die Sicherung des Archivs gut begleiten.

Wir alle gemeinsam müssen unverzüglich eine Antwort finden auf die dringende Frage nach einem geeigneten Standort für einen Archivneubau, für einen sicheren Hort für das kulturelle Gedächtnis dieser Stadt. Das schulden wir dem Wirken der vergangenen, aber auch den zukünftigen Generationen. Denn das Historische Archiv ist ein Kommunalarchiv und eine wissenschaftliche Institution von weltweiter Bedeutung, es ist ein Bürgerarchiv und eine Bildungsstätte für unsere Stadtgesellschaft, aber auch ein moderner Dienstleister für die Verwaltung.

Wir müssen auch an die betroffenen Schülerinnen und Schüler denken. Unmittelbar nachdem bekannt wurde, dass die Situation rund um das Historische Archiv die temporäre

Verlagerung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums und der Kaiserin-Augusta-Schule erfordert, trafen sich Vertreter der Stadt Köln, der Bezirksregierung, der Schulleitungen sowie Vertreter der Eltern und der Schüler. Sie haben in einer Vielzahl von Gesprächen Informationen ausgetauscht und gemeinsam gute Lösungen entwickelt. In einem beispiellosen Kraftakt ist es uns nun gelungen, den Schulen funktionstüchtig eingerichtete Schulräume bereitzustellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Köln hat schwere Tage hinter sich, Köln hat sicherlich noch viele schwere Tage, Wochen und Monate vor sich. Das, was bisher geschafft wurde, haben wir geschafft, weil die Menschen zusammengehalten haben. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, unserer Partnerstädte, der Städte, Gemeinden und Kreise in unserer Region, im ganzen Land und darüber hinaus haben sich solidarisch erklärt, geholfen und uns zur Seite gestanden. Nehmen Sie alle uns daran ein Beispiel. Lassen Sie uns gemeinsam hier an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir können stolz auf unsere Feuerwehr sein. Das habe ich eben schon gesagt, aber das kann man nicht oft genug wiederholen. Sie war direkt an der Unglücksstelle, sie hat gehandelt. Für die Feuerwehr gibt es ein klares Prinzip, das jeden Tag, zu jeder Stunde gültig ist: Erstens gilt es, Leben zu retten, zweitens, die Unglücksstelle zu sichern, drittens, die umliegende Gebäude, die auch eine ständige Gefahr darstellen, zu sichern und viertens, das Kulturgut zu bergen.

Es ist, wie Sie selbst sagen, der größte und der komplexeste Einsatz Ihres Lebens. Herr Neuhoff, ich darf Sie nun bitten, zu uns zu sprechen und uns den aktuellen Sachstand vorzutragen.

Stephan Neuhoff (Berufsfeuerwehr Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zuerst kurz die Lage darstellen. Am Dienstag, um 13.58 Uhr, sind wir wegen des Einsturzes des Historischen Archivs alarmiert worden.

(Schaubild)

Dies ist ein Bild aus den ersten Stunden. Es zeigt die gesamte Schadensstelle, wie sie sich uns bei der ersten Erkundung bot: Ganz rechts sehen Sie das Gebäude Severinstraße 214-218 sowie links daneben das Gebäude 220, das zu

diesem Zeitpunkt noch stand. An dieser Stelle ist das dramatische Bild geschossen worden, auf dem zu sehen ist, wie ein junger Mann im oberen Geschoss steht und telefoniert, die ganze Fassade vor ihm aber verschwunden ist. Dann kommt der Teil des Historischen Archivs, hier stand das Gebäude 230, das komplett zusammengestürzt ist, und hier das Gebäude 232, das sich um die Ecke herum erstreckt.

(Schaubild)

Wir haben zunächst versucht, uns einen Eindruck zu verschaffen, was passiert war. Dazu ist diese sehr grobe schematische Zeichnung angefertigt worden. Auf der einen Seite stand das Historische Archiv mit einem Kellergeschoss und eingeschossige Anbauten im rückwärtigen Teil, die auch unterkellert sind. Vor dem Gebäude befindet sich das 28 Meter tiefe Bauwerk, die Gleiswechselanlage, die im Bau war, auf der anderen Seite ein 30 Meter hoher Kran mit einem 45-Meter-Ausleger sowie das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium. Offensichtlich waren sehr große Mengen Kies entweder von unten oder von der Seite in die unterste Sohle eingedrungen und bildeten dort eine Kieshalde. Es wurden schlagartig - wir vermuten, innerhalb von fünf oder sechs Minuten - unterhalb des Hauptgebäudes des Historischen Archivs circa 2 000 Tonnen Kies entzogen, die dort unten eingeflossen waren. Damit gab es für dieses Gebäude keine Chance, stehen zu bleiben. Es ist in sich zusammengefallen.

(Schaubild)

Erste Priorität hatte die Personensuche. Das Problem in einer solchen Lage ist immer, einen Überblick darüber zu gewinnen, wie viele Personen vermisst und wie viele verletzt sind - es gab erstaunlicherweise keine Verletzten. Es gab widersprüchliche Zeugenaussagen, sodass die Zahl der Vermissten eine Zeit lang zwischen zwei und neun schwankte. Je nachdem, welcher Zeuge befragt wurde - einer sagte, in der Spielhalle sei noch jemand; ein anderer meinte, es sei keiner mehr dort, denn er sei der Letzte gewesen, der herausgegangen sei -, gab es unterschiedliche Auskünfte zum gleichen Sachverhalt. Gegen Abend war dann klar, dass zwei Personen vermisst werden.

Es stellte sich nun die Frage, wie wir vorzugehen haben. Es war klar, dass diese Personen unter diesem Trümmerkegel liegen mussten. Wir standen vor der Alternative, entweder auf den Trümmerkegel zu steigen und mit den Händen, mit Spitzhacke und Schaufel zu graben oder mit

Großgerät zu arbeiten. Wir hatten keine weiteren Lebenszeichen. Wir wussten nur, dass zwei Personen darunter verschüttet sind. Wir hörten nichts, wir sahen nichts, wir hatten keine weiteren Hinweise. Es gab ganz erhebliche Gefahr, weil noch Bauteile des Gebäudes 230 überhingen, deren Standfestigkeit unklar war. Hinten war ein teilweise zusammengestürzter Anbau, deren Reste auf den Trümmerkegel zu fallen drohten. Wir wussten auch nicht, welcher Beschaffenheit der Boden war, auf dem wir standen. Es waren ja große Mengen, nämlich 2 000 Tonnen Boden verschwunden, und es rieselte und rutschte von den Seiten nach. Deshalb haben wir uns entschieden, nicht dorthin zu gehen und möglicherweise das Leben unserer Einsatzkräfte zu riskieren, sondern Großgerät einzusetzen.

Das stellte uns nun vor die Frage: Setzen wir die Geräte hier vor dem Hause ein, oder bahnen wir uns einen Weg durch die erdgeschossigen Anbauten im hinteren Teil? Wir haben uns entschieden, die Gerätschaften nicht hier vorne aufzubauen, weil wir nicht wussten, wie der Boden beschaffen ist, und weil ein Abstand zu dem unterirdischen Bauwerk einzuhalten war. Auch gab es eine Stelle, wo wir einen 3 Meter tiefen Hohlraum festgestellt hatten. Wir haben entschieden, das schwere Gerät von hinten, also von der Follerstraße über die Tartanbahn der Kaiserin-Augusta-Schule quer durch alle Anbauten des Historischen Archivs, in den rückwärtigen Bereich der Einsatzstelle zu führen und von dort aus zu arbeiten. Das setzte aber den Abriss der Gebäude voraus. Wir haben die schweren Geräte bestellt. Diese standen in Hermülheim und wurden mit einem Tieflader herbeigeführt. Die Geräte sind 80 Tonnen schwer, 4,50 Meter breit und haben einen 47 Meter langen Ausleger. Es wurde eine Schneise durch diese Gebäude geschlagen. Es wurden dazu die Kellerdecken durchstoßen und mit Schutt aufgefüllt und die erdgeschossigen Gebäude eingerissen, bis die Bagger hinter dem Gebäude 230 standen und wir mit den Arbeiten beginnen konnten.

Da wir diese Zeit kalkulieren konnten, haben wir sie dafür genutzt, die Archivalien aus dem Keller zu bergen. Dort lagerten etwa 40 Prozent des Bestandes. Wir haben dafür etwa 100 Helfer eingesetzt, die in pausenloser Arbeit alle Akten zunächst in fahrbare Aluminiumboxen, später auch in leere, saubere Papiermülltonnen der AWB hineingelegt und dann abtransportiert haben. Hier hat sich die gemeinsame Notfallplanung, die die Kölner Archive vor

einigen Monaten aufgestellt haben, bewährt, auch wenn sie sicherlich nicht auf einen schlimmsten Fall wie diesen, sondern auf Brand- und Wasserschäden ausgerichtet war. Aber all die Gedanken, die man sich schon gemacht hatte, all die Pläne, die schon erstellt worden waren, waren außerordentlich hilfreich in dieser Situation.

Als wir dort hinten angekommen waren, mussten wir feststellen, dass diese Giebelwand eine Giebelwand des Nachbarhauses war, die mit diesem Haus nicht verbunden, aber ebenfalls einsturzgefährdet war. Um hier wirklich sicher arbeiten zu können, musste diese sowie ein Teil des Gebäudes erst abgerissen werden. Wir haben uns dann nach unten vorgearbeitet und in 3,30 Meter Tiefe unter Straßenniveau, also noch unterhalb des Kellerbodenniveaus, die erste Person gefunden. Das ergibt also einen Weg vom Dachgeschoss, in dessen rückwärtigen Teil die Person gelebt hatte, bis unter das Kellerbodenniveau. Obwohl sie im hinteren Teil lebte, wurde sie im vorderen Teil gefunden.

Wir haben dann bis auf eine Tiefe von 5,50 Meter weiter gegraben. Tiefere Grabungen haben uns die Statiker wegen der Schlitzwand nicht gestattet. Wir haben die zweite Person bis jetzt nicht gefunden. Nur damit Sie die Dimensionen erkennen können: Um die erste Person zu finden, haben wir etwa 1 200 Tonnen Schutt abtransportiert. Bis heute Morgen wurden bereits 1 700 Tonnen Schutt abtransportiert. Wir hatten auch die Vermutung, eine Person könnte in 11 Meter Tiefe in diesem Bauwerk hier vorne liegen, weil ein Teil des Schutts - das waren aber nur relativ geringe Mengen des Gebäudes 230 - dort hineingefallen ist. Deshalb haben wir gestern einen Seilzugbagger eingesetzt und dort gegraben. Bis jetzt war die Suche ohne Ergebnis. Wir werden sie dort in circa zwei Stunden abschließen; denn wir glauben nicht mehr, dass wir sie dort finden würden. Leichensuchhunde haben auch keine Hinweise darauf gegeben, dass wir dort noch fündig werden könnten. - So steht es bis jetzt um die Suche.

(Schaubild)

Zurück zum ersten Schaubild. Zweite Priorität hatte die Sicherung der Bauwerke. Dort bestanden drei Gefahren:

Die erste Gefahr war der Grundwasserdruck. Das Gebäude reicht 28 Meter in die Tiefe. Normalerweise wird der Wasserdruck unten durch Pumpen gehalten. Diese Pumpen waren

durch dieses Ereignis jedoch ausgefallen, sodass das Grundwasser von unten auf die Sohle drückte. Auf die Sohle drückte ein Gegengewicht, nämlich der aufgelassene Kies, der aber ungleichmäßig verteilt war. Das heißt, in Bereichen, wo ein Gegengewicht, nämlich der Kies, lag, waren die Druckverhältnisse auf das Gebäude anders als in Bereichen, wo kein Kies lag. Das hätte dazu führen können, dass sich das Gebäude anhebt oder verkantet. Von den Baufirmen sind etwa 2 000 Kubikmeter Beton eingefüllt worden, um ein Gegengewicht auf die Sohle herzustellen.

Die zweite Gefahr war der Druck durch das steigende Wasser im Gebäude. Sie müssen sich das vorstellen wie einen Schuhkarton. Wenn man in diesen Wasser hineinschüttet, würden sich die Längswände auseinanderdrücken. Das hätte Konsequenzen für die Schlitzwand vor dem Historischen Archiv gehabt. Die Firmen haben daher Pumpen eingesetzt, um den Grundwasserpegel zu halten.

Die dritte mögliche Gefahr lag in dem Bereich, wo die Tunnelröhre in das Bauwerk einmündet. Um festzustellen, ob dort Schäden vorliegen, haben wir dort unten, in 28 Meter Tiefe, ein Schlauchboot der Feuerwehr eingesetzt und sind damit durch diese Röhre bis nach vorne an das Bauwerk, bis vor die Kieshalde, herangefahren. Wir haben keine Schäden festgestellt. Um absolute Sicherheit zu bekommen, wird der Bereich um diese Tunnelröhre in 28 Meter Tiefe schräg angebohrt. Das machen Fachfirmen aus Karlsruhe. Es wird eine Verpressung durchgeführt, um Schäden dort ausschließen zu können.

So viel zum zweiten Bereich, der Bauwerksicherung. Das haben wir also unternommen, damit das Gebäude nicht aufschwimmt und die Wände nicht an Festigkeit verlieren.

(Schaubild)

Dritte Priorität hatte die Gebäudesicherung. Hier sehen Sie das Gebäude 214-218; das ist ein Bürogebäude. An der linken unteren Ecke stand eine Stütze, die durch das einstürzende Archiv umgerissen worden ist. Dieses Gebäude ist vom THW in diesem Bereich komplett mit Stützungsmaßnahmen gesichert worden. Der Eigentümer hat inzwischen den rechten Teil geräumt und wird auch den Rest des Gebäudes leer räumen.

Daneben stand das Gebäude 220, das in einem äußerst kritischen Zustand war. Das Gebäude hatte nicht nur die Front verloren, sondern sich auch auf dem Fundament gedreht, sodass wir dieses Gebäude niederlegen mussten. Dort war nichts mehr zu retten. Die Bewohner dieses Hauses haben tatsächlich alles verloren; denn ihr gesamter persönlicher Besitz ist im Schutt geblieben.

Am Historischen Archiv war aktuell nichts mehr zu sichern. Diese Gebäude hier sind abgerissen worden, damit der Bagger von hier nach dort fahren konnte. Beispielsweise hingen hier vorne ein Keller mit wertvollen Handschriften quasi in der Luft, die von unseren Einsatzkräften noch herausgeholt werden konnten.

Das ist das Gebäude 230. Es ist zusammengestürzt.

Das nächste Gebäude ist die Nummer 232. Dieses Gebäude, das hier um die Ecke führt, war an dieser Seite einsturzgefährdet. Wir konnten von vorn, von der Straße aus, in einer Notaktion nach Anweisung der Anwohner deren persönliches Eigentum herausholen. Vorgestern Nacht haben wir in einem erneuten Anlauf, ohne das Treppenhaus benutzen zu können, nochmals nach den Anweisungen der Anwohner persönliche Wertgegenstände herausgeholt. Im Grunde genommen haben wir alles außer Möbel herausgeholt, was man heraustragen kann.

Dieser Teil des Gebäudes ist von dort zugänglich und hat acht Wohnungen. Die Wohnungen konnten komplett geräumt werden. Diese Bewohner haben ihr Eigentum einschließlich ihrer Möbel. Diese Bergung konnten wir in einer Maßnahme mit den Wohnungsversorgungsbetrieben durchführen.

Das Altersheim hat keinerlei Schäden. Es musste wegen des Krans dennoch geräumt werden. Denn wir wussten nicht, ob der Baugrund schwimmt oder noch fest ist. Wenn dieser Kran umgestürzt wäre, wäre er bis aufs Altersheim gefallen. Deswegen sind die 72 Bewohner evakuiert worden. Sie sind aber heute Morgen wieder dorthin zurückgekehrt.

Der Bereich Waidmarkt 2 und Waidmarkt 4 weist keine Gebäudeschäden auf. Das Gebäude Weidmarkt 4 ist, nachdem wir die Gas- und Wasserversorgung für die beiden Gebäude wiederhergestellt haben, wieder freigegeben. Vor dem Gebäude Weidmarkt 2 steht noch so viel technisches Gerät, dass es für die Bewohner zu

gefährlich ist, zurückzukehren. Deshalb ist ihnen eine Rückkehr noch nicht erlaubt worden.

Das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium ist das nächste Gebäude. Es steht hier vorne auf Stützen. Schon während der Bauphase hatte es Absenkungen von 2 Zentimetern gegeben. Die Frage war, ob es weiter absinken würde. Wir haben das fortlaufend vom Technischen Hilfswerk überwachen lassen. Es ist in diesem Bereich 4 Millimeter weiter abgesunken, sodass sich der zusätzliche Gebäudeschaden inzwischen - es gab lange Zeit Unklarheit darüber, ob es noch weiter einsinken wird oder nicht - als nicht so kritisch herausgestellt hat.

Wie gesagt, am Stärksten sind die Bewohner des Hauses 230 betroffen, weil sie nichts mitnehmen konnten. Der gesamte Schutt wird nach Porz transportiert. Dort wird er in einer 27 000 Quadratmeter großen, überdachten Halle gelagert und sortiert. Das ist die Einsatzstelle der Gebäudewirtschaft, die vorwiegend Firmen des zweiten Arbeitsmarktes engagiert hat. Dort wird der Abraum abgekippt und dann in Handarbeit mit Dungharken nach Rettbarem durchsucht, sowohl nach Archivalien als auch nach persönlichem Eigentum. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass das eine Gemengelage von Unmengen von Staub, Ziegelsteinen, zerstörten Möbeln und privaten Gegenständen wie Schuhen oder Kleidern ist. Vielleicht lässt sich darin noch eine private Geldbörse finden. Aber das auseinanderzusortieren, ist eine mühsame Arbeit. Man versucht zu retten, was zu retten ist. Jedes Fundstück wird vom Ordnungsamt registriert. Die Bewohner sollen später die Möglichkeit erhalten, das mitzunehmen, was sie noch als ihr Eigentum wiedererkennen können.

Die vierte Priorität, die wir in der Einsatzleitung immer hatten, war die Sicherung des Kulturgutes, der Archivalien. Ich hatte schon gesagt, dass wir etwa 40 Prozent des Bestandes aus den rückwärtigen Kellern herausgeholt haben. Ganz hinten gibt es noch einen Keller, den wir nicht mehr leer räumen konnten, weil der Zeitdruck aufgrund der Personensuche zu groß war. Wir brauchten diesen Keller aber auch nicht leer zu räumen, weil der Bagger daran vorbeifahren konnte, sodass dort keine Schäden zu erwarten sind. Alles, was im Rahmen des Möglichen lag, ist sofort geborgen und in Behälter gelegt worden. Das geschah in Anwesenheit der Archivare, die sich Gott sei Dank alle haben retten können, was man nur als Wunder bezeichnen kann.

Als zweite Maßnahme haben wir über diesen Schuttberg Folien legen lassen. Es ist ein Gerüstbauer an der Arbeit, der große Folien darüber gelegt hat, die einen ersten Schutz gegen den Regen geboten haben. Für die Archivalien gibt es nichts Schlimmeres als Feuchtigkeit. Dann haben wir begonnen, ein Notdach zu bauen, das den gesamten Schutthaufen überdecken soll. Es wird von einem Gerüstbauer errichtet. Dieses Dach wird eine Spannweite von bis zu 45 Meter haben. Dazu sind natürlich auf beiden Seiten Fundamente erforderlich. Dieses Notdach wird auf dem Gelände des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums vormontiert, dann mit einem 500-Tonnen-Kran herübergehoben und schrittweise gebaut.

Um die Gerüste für das Dach aufstellen zu können, brauchten wir - der Schutt reichte ja unmittelbar bis an das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium heran -, aber Fläche. Wir standen vor der Wahl, entweder sehr rasch an den Schutt und die Archivalien in diesem Bereich heranzugehen oder auf das Notdach zu verzichten. Daraufhin haben wir mit schwerem Räumgerät eine Schneise gezogen. Nachdem ein sogenannter Longfront-Bagger die Betonteile weggehoben hatte, gingen sofort 10 bis 20 Feuerwehrmänner oder THW-Helfer auf den Schuttberg. Manchmal hat man ein Blatt Papier gefunden, manchmal ganze Bestände, die dort zusammen lagen und nahezu unversehrt waren. Das war höchst unterschiedlich. Wir arbeiten sehr eng mit den Archivaren zusammen. Wir haben die Fundstücke zusammen mit dem Technischen Hilfswerk heruntergeholt und sie den Archivaren übergeben. Die Archivare haben sie dann ganz grob sortiert, gesäubert, in Behälter gelegt, und dann sind sie abtransportiert worden. So weit zu den Maßnahmen, die wir zum Schutz des Kulturguts ergriffen haben.

(Schaubild)

Hier sehen Sie nun die heutige Situation. Wir sind beim Abbruch des Hauses 232. Das Gebäude 220 ist ebenfalls komplett abgerissen worden. Sie erkennen hier Teile des Notdaches, was noch weitergebaut werden soll, und darunter den mit Folien abgedeckten Schuttberg.

(Schaubild)

Wenn man um die Einsatzstelle herumgeht, sieht man den Abbruch des Hauses 232, der zurzeit noch läuft.

(Schaubild)

Hier blickt man in die Grube hinein, in der wir auch Teile des Hauses 230 gefunden haben. Hier sehen Sie noch Reste eines Lastkraftwagens, der oben auf der Straße gestanden hat. Das Haus hat die Betonplatten, die hier oben lagen und über die der Verkehr lief, durchschlagen und diesen Stützträger erheblich verformt. Dann sind mit der Betonplatte der Lastkraftwagen und der Schutt des Archivs nach unten gestürzt. Obendrauf liegt der Schutt des Hauses 230. Hier sehen Sie eine Öffnung. Dort geht es 17 Meter in die Tiefe.

(Schaubild)

Das ist auf der anderen Seite fotografiert worden. Hier sieht man den Bereich, in dem wir die Personensuche betrieben haben.

(Schaubild)

Das ist weiter südlich. Hier sehen Sie das Bürohaus 214-218. Dort stand das Gebäude 220. Diese Giebelwand haben wir in der Nacht abgerissen. Das war eine Giebelwand, die zum Haus 220 gehörte. Sie hatte keine Verbindung zu Gebäude 218, sodass man jetzt offen in die Büros hineinblicken kann.

(Schaubild)

Das ist das, was vom Gebäude 220 stehen geblieben ist, links ist das Archiv, rechts ist das Gebäude 218. Hier werden wir uns bis zu einem eingeschossigen Anbau, worin ein Tonstudio ist, vorarbeiten. Wir hoffen, dass wir das stehen lassen können.

(Schaubild)

Hier erkennen Sie das Historische Archiv von der Seite. Sie sehen hier eine Betonschicht, dann eine Schicht Schränke, dann die nächste Betonschicht und dann wieder eine Schicht Schränke. Das sind vier Geschosse, die mindestens bis hierhin aufeinanderliegen. - Das dürfte schon der Trichterbereich sein, also ein großer Hohlraum. Man weiß nicht, wie es dort unten aussieht. Die Aufgabe ist, das von oben sozusagen schichtweise abzutragen. Immer wieder findet man aufgesprungene Schränke oder einzelne Schriftstücke, die man dann herausholen muss. Das verdeutlicht die Aufgabe, die noch vor uns liegt.

(Schaubild)

Das ist der 500-Tonnen-Kran von Süden aus gesehen, den wir zum Bau des Daches einsetzen.

(Schaubild)

Das ist ein Blick von der Rückseite. Das ist der ehemalige Lesesaal. Hier liegen die Trümmer des Archivs. An dieser Stelle wird ein Fundament für das Notdach gebaut. Es musste erst berechnet werden, damit es dann auch standsicher wird. Dazu mussten die Böschung verstärkt und Betonplatten eingelegt werden, um den Bodendruck zu erhöhen. Vorrang hat jetzt die Errichtung des Notdachs; denn die Folien sind natürlich nicht ganz dicht.

(Schaubild)

Hier sehen Sie ein Stück Mauer. Das ist die Erdgeschossdecke des Archivs, 3 Meter tiefer ist der Erdgeschossfußboden. Wenn man durch diese Wand schaut, sieht man den Ford Transit der Dachdecker in 6 Meter Tiefe; er ist also von hier nach dort gefallen. Unser Ziel ist jetzt, eine flachere Rampe zu errichten, um hier graben zu können. Damit wir dort graben können, muss aber erst ein Teil abgetragen werden. Sonst könnte das auf den Bagger oder auch auf uns fallen, wenn wir dort unten arbeiten. Wir schätzen, dass der Abriss des Gebäudes 232 heute Abend beendet ist. Dann werden wir vielleicht noch einen Tag arbeiten, um dort Sicherheit zu schaffen, und dann noch einen Tag hier graben. Wir vermuten, dass der Schutt des Gebäudes 230 bis in eine Tiefe von 7 bis 8 Meter gefallen ist. Wir hoffen, dass nicht auch noch Trümmer davon unter die des Historischen Archivs gerutscht sind.

(Schaubild)

Hier ist das Gebäude 232 getrennt worden. Hier sehen Sie die Gebäude Georgsplatz 2a und Georgsplatz 2b. Diese Gebäude sind nicht betroffen. Die Bewohner mussten lediglich während der Abrissarbeiten ihre Wohnungen verlassen. Hier steht der rückwärtige Anbau einer Dachdeckerfirma. Wir haben versucht, diesen zu erhalten.

(Schaubild)

Das ist diese Dachdeckerfirma. Rechts sehen Sie die großen Bagger.

(Schaubild)

Das ist noch einmal ein Blick auf die Gebäude Georgsplatz 2a und Waidmarkt, das

Gebäude 232 mit dem Zugang von dieser Seite, die Schlitzung, um das Gebäude dann abbrechen zu können, sowie das Altersheim.

(Schaubild)

Das ist nur eine erste grobe Einschätzung dessen, was passiert sein könnte. Man muss davon ausgehen, dass sich das Geschehen trichterförmig ausgewirkt hat. In dem Bereich des Waidmarkts bis zum Gebäude 214 -218 könnte von hier oben bis hier unten gestörter Boden vorliegen. Ich sage mit aller Vorsicht: Hier könnte gestörter Boden vorliegen. Das ist eine erste Annahme nach Gesprächen mit Geologen. Das muss man durch Bodenproben bestätigen lassen. Hier vorne sind sogenannte Rammkernsondierungen durchgeführt worden. Dort haben wir einen relativ guten Boden vorgefunden. Derzeit werden hier oben Bodenproben genommen. Um das Umfeld der Schadensstelle im Auge behalten zu können, muss man ständig den Boden untersuchen, alle Gebäude vermessen und auch messen, ob es Absenkungen gibt. Denn man muss davon ausgehen, dass der Boden seinen endgültigen Zustand noch nicht wieder erreicht hat.

In Anbetracht der Tatsache, dass immer noch eine Gefahrensituation besteht, ist entschieden worden, dass das weiterhin eine Einsatzstelle der Feuerwehr ist. Es geht darum, wertvolle Kulturgüter zu bergen. Das muss man sich immer wieder vergegenwärtigen. Ich hatte Ihnen ja eben die Mauerkrone gezeigt, wo wir gegraben haben. Dort holte man zuerst drei Schränke mit Wachssiegeln aus dem 12., 13. und 14. Jahrhundert herunter. Jeder dieser Schränke hat viele Schubladen, in denen Tausende von Wachssiegeln liegen. Manche wurden sogar per Hand eingesammelt. Dann stießen wir auf Akten von Adenauer, von Schwering sowie auf historische Handschriften. All dies ist zusammengepresst und ineinander verschoben. Wir versuchen, im Rahmen des Möglichen das Archivgut zu retten, was noch zu retten ist, wobei ich noch einmal hervorheben will: Absoluten Vorrang hat die Personensuche. Absoluten Vorrang hat, den Eltern Gewissheit zu verschaffen, was mit ihrem Sohn geschehen ist.

Wir haben im Durchschnitt etwa 250 Einsatzkräfte vor Ort. Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Organisationen, auch mit der Polizei und den einzelnen Firmen, die vor Ort sind, aber auch die Zusammenarbeit zwischen den Führungsebenen ist wirklich sehr gut, jedenfalls aus meiner Sicht. Allen Leuten, die im Einsatz sind, möchte ich danken. Es gibt

wirklich eine außerordentlich hohe Identifikation mit dieser Lage. - Danke sehr.

(Anhaltender Beifall - die Mitglieder des Rates erheben sich)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ganz herzlichen Dank, Herr Neuhoff, für Ihren Vortrag und die Berichterstattung. Ich denke, nicht alle Kolleginnen und Kollegen des Rates hatten die Gelegenheit, wenngleich permanent und intensiv informiert worden ist, die Dinge so exakt wahrnehmen zu können.

Meine Damen und Herren, falls Sie noch dringende Fragen an Herrn Neuhoff haben, bitte ich Sie, diese jetzt an ihn zu stellen. Ich glaube, es ist wichtig, dass sich Herr Neuhoff, der ja vor Ort dringend gebraucht wird, danach aus dieser Sitzung verabschieden kann. Sollten Sie also noch Fragen an ihn haben, bitte ich Sie, diese jetzt vorab zu stellen. - Da das nicht der Fall ist, möchte ich Herrn Neuhoff nun wieder an die Unglücksstelle entlassen. Ganz herzlichen Dank noch einmal, Herr Neuhoff, und weiterhin viel Erfolg.

(Allgemeiner Beifall - Stephan Neuhoff verlässt den Ratssaal)

Der Einsturz hat dazu geführt, dass 41 Haushalte mit 60 Personen kein Zuhause mehr haben, 27 Haushalte mit 38 Personen haben ihre Wohnungen unwiderruflich verloren und andere, überwiegend die Bewohner vom Georgsplatz, der, wie Sie gesehen haben, direkt an die Einsturzgrube grenzt, fühlen sich einfach nicht mehr sicher und möchten vorerst nicht in ihre Wohnungen zurückkehren. Viele von ihnen sind damit obdachlos. Zum Teil sind sie auch traumatisiert. Hier galt und gilt es, neben der Beschaffung von geeignetem Ersatzwohnraum auch eine intensive psychologische Betreuung zu gewährleisten. Gleiches gilt auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs sowie die umliegenden Anwohner und weitere traumatisierte Personen aus den Bereichen der angrenzenden Schulen. Bis gestern Abend sind mehrere 100 Beratungsgespräche durchgeführt worden. Vielen Betroffenen konnte schnell und unkompliziert Hilfe angeboten werden. In diesem Zusammenhang bin ich auch auf die unglaubliche Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft der Kölnerinnen und Kölner stolz, die eine Vielzahl von Unterbringungsmöglichkeiten, Geld und Sachspenden angeboten haben.

Ich darf nun Frau Bredehorst bitten, die Dinge, die ihren Bereich betreffen, noch zu ergänzen und uns den aktuellen Stand von heute Mittag kurz darzustellen.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Leider bringt nicht alle Medienberichterstattung zum Ausdruck, dass unsere Hilfen wirklich sehr allumfassend und schnellstmöglich einsetzten. Für viele Betroffenen ist noch nicht real nachvollziehbar, was hier passiert ist. Deswegen habe ich auch volles Verständnis, dass die angebotenen Hilfen nicht immer in vollem Umfang wahrgenommen werden. Gemessen an dem, was die Menschen verloren haben, kann jede Hilfe nur eine Nothilfe und nicht umfassende Kompensation sein.

Ich möchte Ihnen in Stichworten insbesondere über Hilfen und Aktivitäten des Wohnungsversorgungsbetriebs berichten. Kurz nach dem Unglück sind zwei Mitarbeiterinnen des Wohnungsversorgungsbetriebs zum Unglücksort geeilt. Es wurden gleich die Unterbringungsbedarfe geklärt sowie der Personentransport organisiert. Wir haben sofort die Katastrophenschutzeinrichtung Boltensternstraße aktiviert. Am ersten Abend wurden dort zwölf Personen, am zweiten Abend sieben Personen und am 5. März drei Personen untergebracht. Inzwischen konnten alle Menschen, die nicht anderweitig privat unterkommen konnten, im Hotel „Mercure“ untergebracht werden.

Wir haben sofort die Aufnahme der evakuierten Bürgerinnen und Bürger durchgeführt und sie mit dem Notwendigen versorgt. Wir haben uns um medizinische und psychosoziale Betreuung rund um die Uhr sowie für Beratung, Fahrdienste, laufende telefonische Kontakte zu Verwandten, Suchanfragen usw. gekümmert. Zu unserer Aufgabe gehörte auch die Steuerung des Medieninteresses vor Ort. Die Abschirmung der Evakuierten war sehr wichtig. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass kleinere Barbeiträge sofort ausgezahlt worden sind.

Am 5. März haben wir eine Versammlung der direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner im Bürgerhaus Stollwerck durchgeführt, um zu erfahren, wo die Bedürfnisse der direkt Betroffenen liegen. An diesem Abend wurde auch vereinbart, dass morgen Abend eine Folgeveranstaltung stattfinden wird.

Am 6. März wurde die gemeinsame Anlauf- und Beratungsstelle von Stadt Köln und KVB vor Ort, nämlich im Hotel „Mercure“, eingerichtet und in Betrieb genommen. Das Bürgerbüro ist an sieben Tagen in der Woche mit jeweils vier Ansprechpartnerinnen und -partnern besetzt. Bis gestern Abend gab es insgesamt 829 Vorsprachen, die alle möglichen Sorgen und Nöte betrafen, darunter waren 168 intensive Beratungsgespräche, die ausschließlich durch den Wohnungsversorgungsbetrieb geführt wurden, in denen es um die Gesamtlage ging.

Wir hatten diverse Anfragen zur Abwicklung von Schadensersatz und zur Abgabe von Sachspenden. In Zusammenarbeit mit dem Bürgeramt Innenstadt und dem Wohnungsversorgungsbetrieb wird vor Ort die Bürgeramtsfunktion ausgeübt. So werden dort zum Beispiel Passierscheine ausgestellt. Inzwischen hat auch das Amt für Wirtschaftsförderung dort eine Anlaufstelle für Gewerbebetriebe eingerichtet.

Wir haben inzwischen eine umfassende persönliche Betreuung für jeden betroffenen Haushalt organisiert. Jeder Partei wurde ein persönlicher Betreuer oder eine persönliche Betreuerin namentlich zugeordnet, der oder die laufend Kontakt hält und Hilfe in allen notwendigen Situationen organisiert. 25 Haushalte haben diese Hilfe inzwischen angenommen.

Die Wohnungsvermittlung kommt für manche noch viel zu früh. Nichtsdestotrotz haben wir sofort damit begonnen, soweit die Evakuierten schon in der Lage waren, dieses Thema zu bearbeiten. Wir haben Personen aus 27 Haushalten, die ohne Wohnung sind, und aus 14 Nachbarhaushalten, die umziehen möchten, weil sie es nicht mehr ertragen können, in den dort angrenzenden Häusern zu wohnen. Insgesamt wird also für 41 Haushalte eine neue Wohnung gesucht. Der Herr Oberbürgermeister hat vorhin von 261 Wohnungsangeboten gesprochen. Laut letztem Stand sind es 266 Wohnungsangebote. Aber die müssen natürlich von der Größe, der Miethöhe und der Lage her passen. Manche wollen nicht in ein Haus ziehen, vor dessen Tür wieder eine Baustelle ist. Diese Dinge müssen analysiert, und es müssen Wunschprofile ausgearbeitet werden. Wir haben inzwischen 95 einzelfallbezogene, konkrete Angebote an insgesamt 27 Haushalte gemacht. Wir haben die Kontakte zu Vermietern hergestellt; zum Teil übernehmen wir auch die Mietverhandlungen. Wir haben Wohnungsbesichtigungen und Fahrdienste in diesem Zusammenhang

organisiert. Der Stand von gestern Abend ist, dass es fünf Vermittlungen mit Aussicht auf Abschluss eines Mietvertrages gibt.

Ab 6. März wurde die von den Stadtwerken bereitgestellte Soforthilfe an die betroffenen Personen ausgezahlt. In der Regel sind es 10 000 Euro, es kann aber auch mehr sein. Bis gestern Abend wurden 550 000 Euro an 121 Personen - dazu zählen auch Gewerbetreibende - ausgezahlt.

Der Wohnungsversorgungsbetrieb trägt inzwischen auch die Verantwortung für den Eingang und die Verteilung der Spenden. Insgesamt haben wir 121 Sachspendenangebote. Dazu muss zuerst mit den Spendern Kontakt aufgenommen und dann die Übergabe abgewickelt werden. Der aktuelle Kontostand bei den Geldspenden beläuft sich auf über 47 000 Euro. Wir haben die örtlichen Kirchengemeinden und den Diözesan-Caritasverband eingebunden, damit die Sachspenden angemessen verteilt werden. Diese dürfen nicht mit den realen Schadensersatzansprüchen vermischt werden. Ich möchte hier noch einmal betonen, dass die Sachspenden sehr vielfältig und in einem großen Maße erfolgt sind. Wir haben inzwischen den Stand erreicht, dass Geldspenden individuell besser helfen können.

Wir haben auch die Verantwortung übernommen für die Umzüge und die Fundsachen, für die Organisation der Räumung nicht mehr bewohnbarer Wohnungen inklusive Einlagerung des Umzugsguts, für die laufende Kontaktpflege mit den Eigentümern der Gegenstände, für die Ermöglichung der Inaugenscheinnahme des Lagerguts inklusive des Fahrdienstes zum Lager - Herr Neuhoff hat dies schon erwähnt - sowie für die Sichtung und Sicherung von Fundsachen aus dem Schutt der eingestürzten Häuser. Die Sachen werden in die Boltensternstraße gebracht, dort sortiert und ausgelegt. Die Wertsachen werden inventarisiert und gesichert, damit sie den einzelnen Bewohnern zugeordnet werden können. Betroffene Mieter werden zur Besichtigung transportiert und begleitet. Persönlich zugeordnete Gegenstände werden dann eingelagert.

Der Herr Oberbürgermeister hat schon erwähnt, dass inzwischen ein Ombudsmann bestellt worden ist. Die Idee und die Forderung ergaben sich aus der Bürgerversammlung am letzten Donnerstag. Ich bin froh, dass wir Dr. Peter von Blomberg dafür gewinnen konnten, dieses

ehrenamtliche und unabhängige Mandat auszuüben. Aufgabe des Ombudsmanns ist es, als Mittler zwischen den Parteien zu fungieren und die durch Bauschäden im Unglücksbereich, durch Wohnungsverlust oder anderweitig materiell geschädigten Personen mit dem Ziel einer raschen und unbürokratischen Schadensabwicklung zu unterstützen. Das heißt, dass auch dann, wenn noch nicht alle Haftungsfragen geklärt sind, die Schadensersatzansprüche schon vollständig befriedigt werden können. Ich halte es auch für sehr wichtig, dass den Betroffenen zwar nicht im Sinne des Rechtsberatungsgesetzes, aber doch juristisch bei der Durchsetzung ihrer Schadensersatzforderungen geholfen wird. Diese Hilfe wird ihnen unser Rechtsamt geben.

Zu guter Letzt möchte ich noch erwähnen, dass die Boltensternstraße inzwischen genutzt wird, um zum Beispiel Studierende und Lehrende aus Bern, die bei der Sicherung des Archivmaterials helfen, unterzubringen. Ich denke, das wird noch einige Zeit so bleiben. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma:
Herzlichen Dank, Frau Bredehorst.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wegen des Unglücks mussten rund 2 000 Schülerinnen und Schüler der drei umliegenden Schulen kurzfristig evakuiert werden. Dies betraf das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, die Kaiserin-Augusta-Schule und die Severin-Schule, Rheinische Förderschule, Förderschwerpunkt Sehen. Ich denke, dass es Frau Dr. Klein sehr gut gelungen ist, gemeinsam mit den Schulen und anderen Beteiligten wie unserer Gebäudewirtschaft schnelle und gute Lösungen zu finden. Ich darf Sie, Frau Dr. Klein, bitten, uns dazu vorzutragen.

Beigeordnete Dr. Agnes Klein: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Oberbürgermeister! Angesichts der furchtbaren Bilder war allen Beteiligten sehr schnell klar: Die Schülerinnen und Schüler können nicht an ihre Schulen zurück, zumindest solange nicht, bis sich die Lage vor Ort geklärt hat.

Betroffen sind drei Schulen: Das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, genannt FWG, ist unmittelbar betroffen; denn es liegt direkt gegenüber dem Archiv. Ein weiteres Gymnasium, das beeinträchtigt ist, ist die KAS;

wie auf dem Lageplan erkennbar, grenzt die Turnhalle der KAS unmittelbar an die Rückseite der Archivbauten an. Auf diesem Gelände ist auch die Severin-Schule, Rheinische Schule für Sehbehinderte des Landschaftsverbandes Rheinland mit 80 Schülerinnen und Schüler untergebracht. Die beiden Gymnasien besuchen jeweils ungefähr 1 000 Schülerinnen und Schüler. Es sind sozusagen schulische Großsysteme.

Wir hatten die Aufgabe, gemeinsam mit den Schulen innerhalb weniger Tage 2 000 Schülerinnen und Schüler, deren Lehrerinnen und Lehrer sowie die Verwaltung in anderen Räumen unterzubringen. Das war nur eine der Aufgaben, die wir zu bewältigen hatten.

Ich will an dieser Stelle noch eine weitere, sicherlich ebenso wichtige Aufgabe erwähnen: In den Schulen, insbesondere im FWG, aber auch in der KAS und der Schule des Landschaftsverbandes Rheinland besteht sehr viel Verunsicherung, da gibt es Ängste und Sorgen. Einige Schülerinnen und Schüler haben das Archiv direkt auf sich zu stürzen sehen. Insbesondere Schülerinnen und Schüler, die sich zu diesem Zeitpunkt im FWG aufhielten, aber auch jüngere Schüler der KAS waren unmittelbar Augenzeuge des Unglücks. Sie stehen unter Schock und unter dem Eindruck dieser furchtbaren Katastrophe. Wir haben versucht, mithilfe des schulpsychologischen Dienstes sehr schnell Hilfe zu leisten. Wir haben diese Hilfsangebote am Montag noch einmal verstärkt; denn seit Montag findet der Schulbetrieb wieder statt; darauf komme ich gleich noch. Allein am FWG sind vier Schulpsychologen im Einsatz, die dauerhaft Schülerinnen und Schüler und Lehrer beraten. Leitschnur unseres Handelns war es, den Betroffenen bei der Bewältigung von Trauer und Unruhe zu helfen und ihnen durch vertrauensbildende Maßnahmen das Gefühl von Sicherheit zurückzugeben.

Seit Mittwoch finden unter Beteiligung der Schulaufsicht der Bezirksregierung, der Gebäudewirtschaft, dem Schulverwaltungsamt, also allen Ämtern der Stadt, die betroffen sind, sowie weiterer Experten zusammen mit den Schulleitungen, den Vertretern der Schülerschaft sowie den Vertretern der Elternschaft dieser Schulen regelmäßig, nahezu täglich Besprechungen statt, die ich persönlich leite. Wir versuchen, durch große Offenheit und ein Höchstmaß an Informationen Sicherheit zu geben. Die wichtigen Lösungen, die wir zur ersatzweisen Unterbringung gefunden haben, haben wir dort gemeinsam erarbeitet.

Ich habe in diesen Besprechungen von Anfang an klargestellt, dass die Gewährleistung der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerschaft höchste Priorität hat und sich alle Maßnahmen dem unterzuordnen haben. Vor diesem Hintergrund hat das Land beziehungsweise die Bezirksregierung entschieden - es war ganz klar, dass es nicht anders geht -, dass bis einschließlich Freitag alle Schülerinnen und Schüler der drei Schulen schulfrei haben, bis auf die Jahrgangsstufe 13, die sich auf das Abitur vorbereiten muss. Dafür wurde ihr das Gebäude Hohe Pforte 4-6 zur Verfügung gestellt.

Von Mittwoch bis Freitag haben wir nach geeigneten alternativen Unterkünften für die Schulen gesucht. Es gab sehr große Hilfsbereitschaft von Privaten, von Firmen, aber auch innerhalb der Verwaltung. Viele haben Tag und Nacht gearbeitet. Hier möchte ich insbesondere die sehr konstruktiven und kooperativen Angebote der Volkshochschule und auch der Fachhochschule Köln erwähnen. Wir haben für die beiden Gymnasien Ersatzstandorte gefunden. Gegen Ende der letzten Woche und über das Wochenende erfolgten der Umzug und der Einzug, damit ab Montag der Schulbetrieb wieder anlaufen konnte.

Im Einzelnen:

Das FWG ist an der Volkshochschule am Neumarkt untergebracht, und man fühlt sich dort ausgesprochen wohl. Das FWG hat, wie gesagt, ab Montag den Schulbetrieb wieder aufgenommen und bleibt dort mindestens bis zu den Sommerferien. Solange die Lage vor Ort nicht geklärt ist - Sie haben ja eben die Bilder gesehen -, kann es natürlich nicht in das frühere Gebäude zurückkehren, auch wenn das natürlich das Ziel der Schule ist. Aber hier gilt: Sicherheit hat höchste Priorität. Neben dem Gebäude der VHS steht auch noch das Gebäude in der Georgstraße 9-13 für den Unterricht in der Oberstufe bereit. Wir konnten glücklicherweise die komplette Schulausstattung des FWG aus dem Gebäude herausholen. Ich nenne Ihnen dazu einige Stichworte, wie das geklappt hat: Mit 120 Leuten und 50 Lkw-Fahrten ist diese Aufgabe bewältigt worden. Sogar die privaten Sachen der Kinder - das war den Kindern sehr wichtig - konnten eins zu eins mitgenommen werden.

Die KAS, die Kaiserin-Augusta-Schule, wurde in zwei Gebäuden der Fachhochschule, nämlich im Hauptgebäude in der Claudiusstraße 1 und dem Nebengebäude in der Mainzer Straße 5,

untergebracht. Unser Zeithorizont ist, dass sie dort zunächst bis zu den Osterferien bleibt.

Die Schülerinnen und Schüler der Rheinischen Schule für Sehbehinderte sind in der Johann-Joseph-Gronewald-Schule in Lindenthal untergebracht worden.

Uns beschäftigt zurzeit die Frage, ob die Rückkehr der Kaiserin-Augusta-Schule nach den Osterferien erfolgen kann. Die Gebäudewirtschaft hat dazu zwei Gutachten in Auftrag gegeben, zum einen für die Statik des Gebäudes und zum anderen für die Festigkeit des Untergrundes und die Beschaffenheit des Baugrundes. Derzeit laufen die geologischen Untersuchungen auf dem Schulgrundstück. Beide Gutachten werden durch staatlich anerkannte Sachverständige gegengeprüft. Erst wenn eine positive Abschlussbewertung vorliegt und auch das städtische Bauaufsichtsamt die Freigabe für die Schulnutzung erteilt, wird die KAS auf ihr Gelände zurückkehren können. Das Gleiche gilt im Übrigen für die Förderschule des Landschaftsverbandes Rheinland, der als Schulträger für seine Schule Sorge trägt.

Zum weiteren Vorgehen: Wir haben am letzten Freitag in zwei Schulvollversammlungen im Humboldt-Gymnasium sowohl das FWG als auch das KAS umfänglich informiert. Das heißt, Eltern und Schüler haben sich dort versammelt, und wir haben umfassend und offen alle informiert. Das hat sich sehr bewährt. Wenn die beiden Gutachten sowie die entsprechenden Ergebnisse der Sachverständigen, die diese Gutachten gegengeprüft haben, vorliegen, werden wir sie der Schulgemeinschaft vorstellen und dann gemeinsam die Entscheidung treffen, ob eine Rückkehr möglich ist oder nicht. Im Moment wissen wir das noch nicht.

Im Übrigen haben wir mit den Schulen verabredet, den bewährten engen Kontakt bis auf Weiteres aufrechtzuerhalten. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich allen danken, die mitgeholfen haben: den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Schulleitungen. Danke für die konstruktive, sehr besonnene Zusammenarbeit in dieser schwierigen Situation. Die Stadt als Schulträger wird sie auch weiterhin unterstützen. - Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Frau Dr. Klein.

Als Super-GAU für das Gedächtnis der Stadt hat Professor Quander, Dezernent für Kunst und Kultur der Stadt Köln, den Einsturz des Historischen Archivs bezeichnet. Frau Dr. Schmidt-Czaia und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt hier mein besonderer Dank; denn sie arbeiten vom ersten Tag an trotz dieses wirklich schockierenden Erlebnisses unermüdlich an der Bergung der Archivalien. Es wartet auf uns alle, wie Sie hier eben schon gesehen haben, noch sehr viel Arbeit. - Bitte schön, Herr Professor Quander.

Dezernent Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was sich am Dienstag vergangener Woche gegen 14.00 Uhr innerhalb weniger Minuten in der Severinstraße ereignet hat, stellt neben der menschlichen Tragödie, die natürlich im Vordergrund steht, nämlich dem voraussichtlichen Tod von zwei jungen, unschuldigen Menschen, dem Verlust von Hab und Gut zahlreicher Bewohner, deren Häuser und Wohnungen in den sich auftuenden Erdkrater mit dem Historischen Archiv hineingestürzt sind, eine kulturelle Katastrophe größten Ausmaßes dar.

Das bedeutet - so stellt es sich zumindest im Moment dar - den größten Verlust an Kulturgut, der in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu verzeichnen ist. Der Herr Oberbürgermeister hat in seinen einleitenden Worten schon gesagt, was ich in den vergangenen Tagen mehrfach angeführt habe: Meiner Einschätzung nach wiegt dieser Verlust noch schwerer als die Verluste, die beim Brand der Anna Amalia Bibliothek in Weimar zu beklagen waren. Die ungeheuer wertvollen Bestände der Weimarer Bibliothek bestanden dem Wesen einer Bibliothek entsprechend aus Bibloi, aus Büchern, von denen die meisten gedruckt waren. Das heißt, sie sind in mehr als nur einem einzigen Exemplar überliefert und insofern zwar zeit- und geldaufwendig, aber in vielen Fällen doch wiederbeschaffbar.

Was unser Kölner Stadtarchiv aber bewahrt und den Nutzern aus Bürgerschaft, Verwaltung und Forschung zur Verfügung gestellt hat, waren dem Wesen eines Archivs entsprechend Originale, Einzelschriftstücke, die der Quellenforschung oder aber wie zum Beispiel im Fall des Archivs von Heinrich Böll der

Publizierung und wissenschaftlichen Erforschung dienen und dienen sollten. Was hier verloren ist, ist unwiederbringlich verloren. Das ist aus der menschlichen Geschichte ausgelöscht wie das Leben des einen bereits geborgenen Opfers.

Insofern ist die Bezifferung der Schadenssumme, nach der auch heute hier gefragt wird, eher unerheblich. Sie kann bestenfalls den materiellen Schaden theoretisch beziffern. Die tatsächlichen geistigen und kulturellen Verluste kann sie nicht abbilden.

Das Historische Archiv der Stadt Köln gilt oder vielleicht sollte ich besser sagen: galt als das bedeutendste und größte kommunale Archiv nördlich der Alpen. Seine Bestände füllten mehr als 30 Regalkilometer - eine Strecke weiter als vom Kölner Dom bis zum Bonner Münster. Sie umfassten mehr als ein Jahrtausend Kölner, rheinischer und mitteleuropäischer schriftlich bewahrter Geschichte: von den ältesten Urkunden und Handschriften des Frühmittelalters bis zur digitalen Überlieferung der heutigen Stadtverwaltung. Eine ähnlich bedeutende Sammlung in Deutschland besaß früher einmal das Archiv der Stadt Frankfurt am Main, dessen Bestände aber im Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges weitgehend verbrannt sind. Das Kölner Archiv, das klugerweise und entgegen damaligen Anweisungen vorzeitig aus der Stadt herausgebracht worden war, hat als einziges Archiv diesen Krieg unbeschadet überlebt. Damit wird das nationale und übernationale Ausmaß dieser Katastrophe deutlich.

Lassen Sie mich noch einmal kurz erwähnen, was sich hinter diesen unscheinbaren Mauern im Historischen Archiv der Stadt Köln verbarg:

- rund 30 Kilometer Akten und Amtsbücher,
- 65 000 Urkunden ab dem Jahre 922 aufwärts,
- 1 800 Handschriften,
- 150 000 Karten und Pläne,
- 50 000 Plakate,
- 2 500 Tonträger, Filme und Videos,
- mehr als 500 000 Fotos sowie
- über 800 Sammlungen und Nachlässe, darunter so bedeutende wie die des Komponisten Jacques Offenbach, des bereits erwähnten Schriftstellers Heinrich Böll und des Reichskanzlers Wilhelm Marx.

Was von diesen Beständen gerettet werden kann, ist im Augenblick in der Tat völlig unklar. Sie haben den Ausführungen von Herrn Direktor Neuhoff entnehmen können, wie kompliziert die Lage vor Ort ist und auch wie unübersichtlich diese Schuttberge sind. Solange die Suche nach der zweiten vermissten Person, die Vorrang hat, nicht abgeschlossen ist, können die Archivare unseres Stadtarchivs, unterstützt von den Archivaren des Umlandes, von Einrichtungen der Landschaftsverbände und des Landesarchivs, die zurzeit 24 Stunden am Tag im Dreischichtenbetrieb arbeiten, zusammen mit den Rettungskräften lediglich Notbergungen vornehmen. Das heißt, das Archivgut, das im Rahmen der Sucharbeiten aus dem Schutt auftaucht, wird sichergestellt, mehr nicht. Eine systematische Bergung wird erst danach möglich sein und sicherlich Monate in Anspruch nehmen. - Sie haben die Bilder gesehen.

Die Gebäude sind so ineinandergestürzt, dass teilweise unter den Trümmern - ich erinnere an das Bild, das Herr Neuhoff vorhin gezeigt hat - ganze Archivzusammenhänge, gepresst zwischen den Trägern und Betonplatten auftauchen, teilweise die Bestände aber auch wild auseinandergerissen und über das gesamte Gelände verstreut worden sind. Zurzeit sind insgesamt rund 20 Prozent der Bestände aus den Trümmern geborgen worden. Genaue Zahlen liegen nicht vor; man schätzt, dass es etwa 20 Prozent sind. Hier wurde eben der Wert 40 Prozent genannt. Das betrifft aber nur den hinteren Teil des nicht beschädigten Gebäudes. Wie viel von den übrigen rund 80 Prozent noch gerettet werden kann, kann im Augenblick nicht beantwortet werden.

Das Bergen ist das eine, der Erhaltungszustand der Dokumente ist das andere. Die Erhaltungsqualität der aufgefundenen Dokumente ist wirklich sehr unterschiedlich. Es gibt Stücke, die wirklich wie nach einem Bombardement von Splintern zerfetzt sind. Ob diese Teile jemals so rekonstruiert werden können, dass sie noch einmal zu lesen sind, kann man im Moment nicht abschätzen. Es gibt Fundstücke, die stark durch Wasser beschädigt worden sind. Der größte Feind von Papier, Pergament, Fotos usw. ist Wasser. Diese müssen sofort gefriergetrocknet werden, um sie in einigen Jahren mit einem aufwendigen Verfahren trocknen und restaurieren zu können. Es gibt auch Bücher und Regalteile, die zu einem unentwirrbaren Klumpen zusammengepresst sind. Inwieweit man dies

wieder trennen kann, wird sich erst mit der Zeit zeigen.

Um nicht nur Trauer zu verbreiten, will ich Ihnen aber auch noch einige gute Nachrichten mitteilen. Wie Sie den Medien vielleicht schon entnommen haben, konnten auch einige bedeutende Einzelstücke geborgen werden:

- Eine der beiden Handschriften von Albertus Magnus, die unser Archiv bewahrt hat, ist geborgen worden.
- Es sind Teile des Bestandes „Oberbürgermeister von Köln“ nach 1945 aufgetaucht.
- Es sind vier der fünf Bücher Weinsberg, also die handgeschriebenen Tagebücher des Kölner Ratsherrn Hermann von Weinsberg, aus dem 16. Jahrhundert wieder aufgetaucht.
- Es ist die von Herrn Neuhoff bereits erwähnte Siegelsammlung mit wertvollen Siegeln des Mittelalters und der Folgezeit wiedergefunden worden.
- Es konnten aus dem hinteren Teil des Gebäudes etwa 40 Prozent der Urkunden sichergestellt werden. Das Tragische daran ist, dass die gewissermaßen wertvollsten Urkunden nicht darunter sind, weil die Archivleitung diese sehr wertvollen Stücke, um sie vor dem Hochwasser, mit dessen Auftreten in Köln immer gerechnet werden muss, zu schützen, sicher und trocken in der vierten Etage des Archivgebäudes eingelagert hatte. Diese liegen nun unter den Trümmern.
- Es wurden große Teile des ehemaligen Porzer Stadtarchivs sichergestellt.
- Große Teile der Amtsnachlässe von Oberbürgermeister Schwering und Kämmerer Billstein wurden wiedergefunden.
- Stadtrechnungen aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit wurden geborgen.
- Die Akten des Amtes für Wohnungswesen sind weitgehend zerfetzt, darunter Akten zur Wohnungsversorgung der Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg. Damit ist ein für Köln und seine Geschichte sehr wichtiger Bestand wahrscheinlich verloren.

Ich kann Ihnen ganz Aktuelles berichten - das ist kein PR-Gag, auch wenn es vielleicht so klingen mag; ich sehe das eher als einen Fingerzeig -: Es wurden große Teile der Ratsprotokolle der

reichsstädtischen Zeit von 1396 bis 1798 geborgen, und zwar aus dem tiefsten Bereich, in dem bisher kaum gesucht werden konnte, nämlich in 28 Meter Tiefe. Mir wurde gerade ein Band gebracht.

(Der Redner zeigt ein Buch)

Es ist erstaunlich, dass es hier zwar einen Riss gibt, das Buch sonst aber fast unversehrt ist. Das sind Ratsprotokolle Ihrer „Mandatsvorgänger“, meine Damen und Herren. Gerade diese Ratsprotokolle sind wichtige Zeugnisse, ja, sie sind, wie ich glaube, mit die wichtigsten Zeugnisse für Demokratiegeschichte und Demokratieforschung; denn diese Ratsprotokolle waren, wenn sie denn vollständig erhalten sind, komplett dokumentiert von 1396 bis in die heutige Zeit.

Ich möchte zum Schluss kommen. Der Herr Oberbürgermeister hat bereits erwähnt, dass wir mit großer Solidarität und Hilfsbereitschaft von allen Seiten rechnen können. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Dankbar sind wir insbesondere der Fachschaft der Archivare aus Köln und den Fachhochschulen. Aber auch die Landesregierung, die Kulturstiftung der Länder und die Bundesregierung haben konkrete Hilfezusagen gemacht. Nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus dem Ausland haben wir Hilfezusagen erhalten. Frau Bredehorst hat schon die Studenten aus Bern schon erwähnt. Es werden noch weitere Helfer aus der Schweiz kommen. Es gibt auch Hilfezusagen aus Österreich, Belgien und den Niederlanden.

Konkret sind uns im Augenblick deutschlandweit 23 Regal-Kilometer in Archiven, eine Position von 8,5 Tonnen für Gefriertrocknung - auch das ungeheure Volumina - sowie 39 000 Quadratmeter Lagerfläche für die Zwischenlagerung in Hallen angeboten worden. Wir sind unendlich dankbar für diese große Solidarität und Hilfsbereitschaft, die uns erreicht. Ich hoffe, dass, wenn die Meldungen über die aktuelle Katastrophe abebben - das ist ja natürlich -, diese Hilfsbereitschaft weiterhin bestehen bleibt; denn die vor uns liegenden Aufgaben werden nicht in Wochen oder Monaten erfüllt werden können, sondern in Jahren. - Ich danke Ihnen.

(Allgemeiner Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma:
Herzlichen Dank, Herr Professor Quander.

Unmittelbar nach dem Unglück wurde Stadtdirektor Kahlen von meinem Büroleiter informiert. Seit diesen Schreckensminuten leistet der Krisenstab unter Leitung von Herrn Kahlen eine hervorragende Arbeit, um die großen Herausforderungen zu meistern, die insbesondere in der Koordination der verschiedenen Einzelmaßnahmen zur Bewältigung des Unglücks liegen. Es finden täglich Sitzungen des Krisenstabes statt. Ich danke allen Mitgliedern des Krisenstabes und besonders Herrn Kahlen für die konzentrierte Arbeit in dieser für die Stadt schwierigen Situation. - Herr Stadtdirektor, ich darf Sie bitten, uns kurz Bericht zu erstatten und auch auf die aktuelle Lage einzugehen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben eben durch Herrn Oberbürgermeister, durch Herrn Feuerwehrdirektor Neuhoff, durch meine Kollegin Frau Dr. Klein und durch Herrn Professor Quander die Bilanz der Arbeit des Krisenstabes und der Einsatzkräfte vorgestellt bekommen.

Die Arbeit des Krisenstabes war und ist ausgerichtet an fünf Zielen, die eben schon dargestellt worden sind. Ich möchte sie noch einmal kurz erläutern, weil sie die Leitlinie des Handelns aller beteiligten Institutionen in dieser Stadt bei dieser Katastrophe waren und weiterhin sind.

Erstens: Suchen, Retten und Bergen der Vermissten - das ist die absolut oberste Priorität allen Handelns gewesen.

Zweitens: Sicherung der Unglücksstelle gegen weiteren Einsturz, gegen Wassereinfluss und Risiken aus der Instabilität des Bodens; denn durch die lose Erde um den Krater herum, durch die Baustelle im U-Bahn-Bereich und die eingestürzten Häuser, die hinterlassenen Ruinen, war eine Instabilität unter- und oberirdisch gegeben.

Drittens: Sicherung der Häuser Severinstr. 220, 230 und - ich sage das ganz bewusst - 232. Sie wissen, dass es aufgrund der Einsturzgefahr zu kontrollierten Abrissen gekommen ist, die beim Haus 232 zurzeit noch laufen.

Viertens: Unterstützung der Menschen, die existenziell betroffen sind, und all jener, die im weiteren Umkreis leben und ihr Gewerbe haben.

Fünftens: Sicherung des Kulturgutes in Form der Notbergung.

Für diese fünf Prioritäten haben sich alle Beteiligten im Krisenstab eingesetzt. Aufseiten der Verwaltung sind alle Dezernate betroffen, auch Herr Kollege Dr. Norbert Walter-Borjans, der heute nicht hier sein kann, weil er zurzeit die Stadt Köln auf der MIPIM in Cannes vertritt, der aber auch Gespräche geführt hat. Sie haben eben schon von Frau Kollegin Bredehorst gehört, dass er veranlasst hat, dass die Wirtschaftsförderung in der gemeinsamen Anlaufstelle, dem Bürgerbüro im Hotel Mercure, beteiligt ist; am kommenden Dienstag findet eine entsprechende Veranstaltung für die Gewerbetreibenden statt. Sie wissen, wir haben am Montag den Bereich der Straßenabsperungen reduziert, um die Zugänglichkeit in der Severinstraße zu verbessern, insbesondere für die ohnehin schon Geschädigten.

Im Krisenstab sind weiter vertreten die Kölner Verkehrs-Betriebe, die Arbeitsgemeinschaft Nord-Süd-Stadtbahn Köln Los Süd, das Ingenieurbüro Zorn, die Polizei. Diese Teilnehmer sind notwendig, um Informationsgenauigkeit in den Krisenstab zu bringen und notwendige Maßnahmen sofort beurteilen und umsetzen zu können; deshalb die Präsenz dieser Institutionen im Krisenstab. Die Polizei ist selbstverständlich von Anfang an dabei gewesen. Die erste Sitzung wurde bereits am Abend des Unglücks in der Scheibenstraße einberufen; vorher haben wir am Ort der Einsatzleitzentrale unmittelbar am Hochhaus des ehemaligen Polizeipräsidiums gearbeitet. Zwischenzeitlich haben wir insgesamt zwölfmal getagt; die Bilanz haben Sie gehört.

Eine der wichtigsten Arbeiten war die Information der Betroffenen, der Anlieger und der Öffentlichkeit. Umgesetzt haben wir dies in zwei Pressekonferenzen am Unglückstage selbst und dann in regelmäßigen, täglichen Pressekonferenzen. Die unmittelbar und existenziell betroffenen Anwohner haben wir am Donnerstagabend in der schon mehrfach angesprochenen Informationsveranstaltung informiert. Ich bin sehr dankbar, dass die Presse respektiert hat, dass diese Veranstaltung ohne Pressebegleitung stattgefunden hat. In dieser Versammlung ist deutlich geworden, welche katastrophale Situation diese Menschen zu ertragen haben. Sie haben mitbekommen, dass wir uns bemühen, den Erwartungen dieser Menschen einigermaßen gerecht zu werden. Morgen wird es eine zweite Veranstaltung

geben, wiederum ohne Presse, auf der auch der Ombudsmann, Herr Dr. von Blomberg, teilnehmen wird. Wir werden sehen, wie dieser Personenkreis die Situation beurteilt und inwiefern wir noch weitere Maßnahmen treffen müssen. Diese Veranstaltungen wurden gemeinsam mit den Kölner Verkehrs-Betrieben abgehalten. Das galt auch für die Informationsveranstaltung am Freitag in den Rheinhallen, an der alle Anlieger teilnehmen konnten.

Wir bereiten uns darauf vor, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, damit die neuen Aufgaben jetzt bewältigt werden können. Das Historische Archiv hat komplett neue Aufgaben bekommen; das gilt auch für die Feuerwehr. Ein Einsatz in dieser Dimension und mit einer solchen Langfristwirkung haben wir seit dem Kriege in dieser Stadt nicht gehabt. Ich bin dem Präsidenten des Technischen Hilfswerks, Herrn Broemme, dankbar, dass er gestern Abend seine Bereitschaft erklärt hat, langfristig Kapazitäten des Technischen Hilfswerks für die Bewältigung dieser Aufgabe bereitzustellen, mit all seinen Gliederungen, die das Technische Hilfswerk in der Bundesrepublik hat. Wir werden diesen Einsatz koordinieren. Ich bin sicher, ein solcher Beitrag ist nach der hervorragenden Zusammenarbeit von Berufsfeuerwehr, Freiwilliger Feuerwehr, Technischem Hilfswerk sowie den Hilfsorganisationen, die hier schon mehrfach angesprochen worden ist, für die nächsten Monate enorm wichtig für uns. Insofern danke ich der Bundesregierung, dass sie ihre Zusage auf Unterstützung auch umsetzt.

(Beifall)

Unter dem Eindruck dieses tragischen Unglücksfalles sind alle Beteiligten eng zusammengedrückt. Und ich glaube, auch in der Verwaltung gibt es keinen, der bürokratisch nach Zuständigkeiten fragt. Dieser Einsatz läuft mit dem Ziel, diese Katastrophe möglichst schnell in den Griff zu bekommen und insbesondere den existenziell betroffenen Anliegerinnen und Anliegern eine Perspektive zu bieten, damit sie, so es irgend geht, an ihr bisheriges Leben anknüpfen können. Die Verwaltung steht dafür gerade, dass wir dieses erreichen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma:
Herzlichen Dank, Herr Stadtdirektor.

Meine Damen und Herren, an die KVB als Bauherrin der Nord-Süd-Stadtbahn richten sich in diesen Tagen natürlich viele Fragen. Heute werden einige Antworten gegeben werden können. Andere Fragen können sicherlich erst in den nächsten Tagen und Wochen beantwortet werden. Das Ausmaß dieses Unglücks führt aber leider - das muss ich an dieser Stelle auch sagen - auch dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVB unsäglichen Angriffen vielfältiger Art ausgesetzt sind. Ich möchte hier noch einmal deutlich machen, dass die KVB für unseren ÖPNV eine hervorragende Arbeit leisten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das in der Tat nicht verdient haben.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte nun dem Vorstandssprecher der KVB, Herrn Fenske, die Gelegenheit geben, uns zum aktuellen Sachstand zu berichten.

Jürgen Fenske (KVB): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf mich für Ihre Worte, Herr Oberbürgermeister, bedanken. Sie tun uns und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der KVB gut.

Das, was passiert ist, ist schrecklich und entsetzlich. Wahrscheinlich wünscht sich jeder hier im Saal, dass die Uhr zurückgestellt und dieses Ereignis ungeschehen gemacht werden könnte. Das geht leider nicht. Die Stadt trauert. Die KVB und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trauern mit den Angehörigen des Opfers. Wir sind erschüttert. Auch für die KVB wird der 3. März 2009 ein sehr trauriges Datum in der langen Unternehmensgeschichte sein.

Lassen Sie mich eingangs sagen, dass wir großen Respekt und tiefe Hochachtung empfinden, dass bei all dem Entsetzlichen, was passiert ist, noch Schlimmeres durch den selbstlosen Einsatz von Bauarbeitern verhindert worden ist.

(Allgemeiner Beifall)

Ich selbst weiß von einer Pressekonferenz, dass insbesondere Schüler des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums interessiert daran sind, sich mit diesen Bauarbeitern in Verbindung zu setzen. Sie haben sich an uns gewandt; wir haben ihnen inzwischen geantwortet.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, auch wenn ich das mindestens schon zweimal gesagt

habe, dass diese Situation für uns alle und so auch für mich einmalig ist. Die Zusammenarbeit, die ich im Krisenstab kennengelernt habe, klappt - Herr Kahlen hat es eben ausgeführt - jenseits von Zuständigkeiten, jenseits von Hierarchien und ähnlichen Fragen, die sonst manchmal unseren Alltag beschweren, ganz hervorragend. Die KVB hat allen Anlass, auch Herrn Neuhoff und Herrn Kahlen ganz persönlich zu danken.

(Allgemeiner Beifall)

So weit meine einleitenden Bemerkungen.

Was am Tag des 3. März 2009 passiert ist, ist bekannt - Herr Neuhoff hat das Geschehen noch einmal dargestellt -: Bodenerosion, eindringendes Wasser, hydraulischer Grundbruch. Warum das passiert ist, welche Ursachen es dafür gab, in wessen Verantwortlichkeit das lag, ja, wer dafür die Schuld trägt, ist noch lange nicht beantwortet.

(Schaubild)

Auf dieser einfachen Skizze sehen Sie das Bauwerk: oben, in Blau, die Gebäude, unten das Bauwerk, an dem wir gebaut haben. Das ist eine sogenannte Gleiswechselstelle. Laienhaft gesagt: Sie ist ein Raum und keine Tunnelröhre, in dem Gleise liegen, wo für den Bedarfsfall der Instandhaltung die Bahn von einem Gleis zum anderen wechseln kann. Diese Baustelle ist, verglichen mit anderen Bauwerken der Nord-Süd-Stadtbahn, ein Bauwerk mit beachtlicher Dimension: Länge 50 Meter, Breite 27 Meter, Tiefe 28 Meter, 900 Quadratmeter Fläche insgesamt. Die Grube, die Sie hier schematisiert sehen, ist geschützt durch sogenannte Schlitz- oder Spundwände. Diese Schlitz- oder Spundwände, bestehend aus Stahlbeton, sind 1 Meter dick und werden 38 bis 45 Meter tief in das Erdreich eingelassen. Das Bauwerk insgesamt hat, wie gesagt, eine Tiefe von 28 Metern. Diese Wände reichen also weit tiefer und dienen dem Schutz dieser Baugrube und des Bauwerks.

Der Aushub dieser Baugrube erfolgte in den Grundwasserbereich hinab. Damit erfolgten die Arbeiten wie an den anderen Bauwerken an der Nord-Süd-Stadtbahn unterhalb des Grundwasserspiegels. Das wurde auch früher schon beim U-Bahn-Bau in Köln und anderen Orten in der Bundesrepublik so gemacht. Die Wasserhaltung erfolgte bei ständiger und permanenter Überwachung über Brunnenanlagen.

Die geologische Situation war insbesondere hier, aber auch an allen anderen Abschnitten der Nord-Süd-Stadtbahn bekannt. Alle notwendigen Bodengutachten - zwei wurden während der Planungsphase erstellt - wurden dazu erstellt. Im Grunde gab es eine große praktische Erkundung in dem Augenblick, als die Schlitzwände eingelassen worden sind, weil man damit ins Erdreich eingedrungen ist. Die Aushubarbeiten - das ist tragisch - am Waidmarkt befanden sich bereits in der Endphase. Schon am 6. März, also nur wenige Tage später, sollte in den ersten Abschnitten am Waidmarkt mit der Betonverfüllung der Sohle begonnen werden.

(Schaubild)

Auf diesem Bild sind die Sicherungsmaßnahmen für die Baustelle Waidmarkt dargestellt. Das, was ich hierzu vortragen möchte, gilt nicht nur für den Waidmarkt. Diese Sicherungsmaßnahmen gelten auch für die anderen Bauwerke. Es ist unter anderem in diesen Tagen gefragt worden, inwieweit die Lasten des Historischen Archivs berücksichtigt worden sind. Diese spezifischen, großen Lasten sind in der Ausschreibung für die Bauarbeiten, in der Planung und bei der Ausführung berücksichtigt worden. Zum Vorhandensein von Brunnen, Schächten und Hohlräumen haben wir hier wie auch an den anderen Abschnitten detailliert Akten geprüft und Befragungen durchgeführt. Wenn es Hinweise gegeben hat, sind wir diesen nachgegangen. Wir haben das geprüft und entsprechende Maßnahmen ergriffen.

Zur Einbringung der Schlitzwände in das Erdreich haben wir alle elektronischen Messverfahren angewandt, um sicherzustellen, dass das korrekt passiert und sie in der richtigen Lage sind. Diese Messergebnisse sind auch durch das Loten gegengeprüft worden. Darüber hinaus hat es regelmäßige, wöchentliche Höhenmessungen der Gebäude durch die bauausführenden Firmen gegeben.

Wir haben zur heutigen Sitzung des Rates eine Vielzahl von nachvollziehbaren Fragen erhalten. Wir werden diese Fragen heute so gut es geht beantworten. Ich hoffe, dass ich einige Ihrer Fragen mit meinem Beitrag schon beantworten konnte. Wir werden auch die Gelegenheit nutzen, in der Aussprache weitere Fragen zu beantworten.

Ich werde von meinem Kollegen Reinarz begleitet. Das hat zwei Gründe: Erstens. Bitte sehen Sie es mir nach, dass ich auch vor dem Hintergrund dieser sehr komplexen Materie

zugegebenermaßen noch nicht in jedem Punkt absolut fit bin - ich bin noch relativ neu bei der KVB. Zum Zweiten ist Herr Reinartz der fachzuständige Kollege.

Wir bitten um Verständnis, dass wir heute Ihre Fragen - wir wollen sie ja gründlich beantworten - vielleicht noch nicht in jedem Detail und abschließend beantworten können. Wir geben uns aber allergrößte Mühe, dass wir die Fragen spätestens bis zur Sitzung des Hauptausschusses in der nächsten Woche beantwortet haben.

Einige Fragen sind allerdings nicht nur aus unserer Anschauung zu beantworten. Dazu sind noch ein paar andere Beteiligte zu befragen; denn es gibt einige weitere Zuständigkeiten oder Verantwortlichkeiten in diesem Bereich.

(Schaubild)

Sie sehen hier die Organisationsstruktur des Loses Süd, also des Abschnitts, in dem auch der Waidmarkt liegt. Die Entwurfsplanung wurde seinerzeit von der Stadt Köln gemacht. Die Bauausführung und die Ausführungsplanung obliegen den Firmen Bilfinger Berger AG, Wayss & Freytag Ingenieurbau AG, Ed. Züblin AG. Wie Sie wissen, wurde das gesamte Vorhaben 2002 der KVB übertragen; wir sind also der Bauherr. Die Projektsteuerung liegt ebenso wie die Bauoberleitung beim Ingenieurbüro INGE PNS, die Bauüberwachung entweder bei Ingenieurgemeinschaften, Ingenieurbüros oder der KVB, wie auch beim Heumarkt und beim Waidmarkt. Als Gutachter sind das Erdbaulaboratorium Essen, Zerna Ingenieure sowie weitere Gutachter eingesetzt. Versicherung: Die KVB ist - das haben wir auch in der Presse dargestellt - bei Lloyd's of London versichert. Weiterhin beteiligt sind die Zorn Ingenieurgesellschaft und HDI-Gerling.

Eine wichtige Frage in den Berichten der Presse, mit der sich die KVB speziell am Samstag beschäftigt hat, lautete: Was war mit dem Grundwasser und den Brunnen am Waidmarkt los?

(Schaubild)

Wir haben am Samstag in der Pressekonferenz gesagt, dass wir dazu auch im Hinblick auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen keine Auskunft geben können. Wir haben das auch sagen müssen, weil wir nur eine erste Vermutung, aber noch keine absolute Gewissheit

hatten. Wir mussten erst einmal Aktenmeter an Schriftverkehr, Besprechungen etc. studieren.

Nach eingehender Prüfung der Aktenlage sind wir heute Vormittag abschließend zu folgendem Ergebnis gekommen - das sehen Sie hier auf dem Bild -: Zum einen wurde auf der Bausprechung am 26. Januar 2009 zur Thematik Brunnenproblem am Waidmarkt ausgeführt, dass das Grundwasser erfolgreich abgesenkt wurde und dass das Grundwasser unterhalb der Braunkohleschicht ausreichend entspannt sei. Es wurden uns keine Probleme mit der Wasserhaltung von den bauausführenden Firmen gemeldet.

Zum anderen haben wir festgestellt, dass es sogenannte Behinderungs- und Mehrkostenanzeigen der bauausführenden Firmen - das betrifft die Einhaltung von Fristen und die Erhöhung von Kosten - gegeben hat. Sogenannte Bedenkenanzeigen der bauausführenden Firmen, also Anzeigen, dass das Grundwasser nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten abgesenkt werden kann, hat es *nicht* gegeben.

Das bedeutet: Wir können zum heutigen Zeitpunkt sicher sagen, dass die KVB, falls es Brunnenprobleme gegeben hat, davon keine Kenntnis erhalten hat.

(Schaubild)

Was tut die KVB? Wir haben von Anfang an erklärt, dass wir selbst hochinteressiert daran sind, lückenlos und nach Möglichkeit auch zeitnah aufzuklären. Dass das keine billige rhetorische Erklärung ist, lässt sich daran ablesen:

Erstens hat die KVB selbst ein sogenanntes gerichtliches Beweissicherungsverfahren beantragt. Der Beschluss des Landgerichts ist gestern ergangen. Das Gericht hat inzwischen einen Sachverständigen eingesetzt, der nun tätig wird. Das bedeutet: Es wird niemand mit Honorar von der KVB tätig, sondern das Gericht setzt einen unabhängigen Sachverständigen ein, dessen Bericht auch nicht uns, sondern dem Gericht zugeht.

Zweitens haben wir selbstverständlich - ich glaube, es geschah am Donnerstag letzter Woche - die vollständigen Akten der Staatsanwaltschaft übergeben.

Drittens - auch das haben wir mehrfach dargestellt - schalten wir jetzt neben den Gutachtern, die ohnehin für uns tätig sind, auch

den TÜV Rheinland zur Untersuchung des Unglücks, des Schadenshergangs am 3. März 2009 ein.

Was tun wir, um den hohen Sicherheitsstandard der Nord-Süd-Stadtbahn weiter zu erhöhen? Welche Maßnahmen ergreifen wir?

(Schaubild)

Im Schnelldurchlauf:

- Verkürzung der Prüfintervalle an allen Bauwerken der Nord-Süd-Stadtbahn,
- Höhenmessungen an den Gebäuden zwei- bis viermal täglich,
- sogenannte Inklinometermessungen zweimal täglich; das sind bestimmte Vorrichtungen, die die Festigkeit, die Korrektheit, die Genauigkeit der Schlitzwände, von denen ich vorhin berichtet habe, messen,
- Grundwasserpegelmessungen viermal täglich,
- über den TÜV-Rheinland-Gutachter hinaus beauftragen wir einen weiteren Gutachter zur nochmaligen Prüfung und Begutachtung der Gesamtbaumaßnahme; es soll begutachtet werden, was wir bisher gemacht haben, aber speziell auch das, was in den weiteren ausstehenden Bauabschnitten noch vor uns liegt.

Wir haben darüber diskutiert - Herr Oberbürgermeister, Sie haben das erwähnt -, wie es mit der Nord-Süd-Stadtbahn weitergehen soll. Nach ausführlichen Diskussionen auch im Aufsichtsrat - ich darf Ihnen hier sagen, dass der Aufsichtsrat inzwischen zweimal getagt hat - haben wir entschieden, dass es absolut sinnvoll ist, die Baumaßnahmen fortzuführen, speziell an den Bauwerken Heumarkt, Severinstraße, Perlengraben und Bechergasse, um mit dem Beton die volle Baulast zu erreichen und damit die Auftriebssicherheit durch das Bauwerk zu stärken. Die Bauarbeiten an den Haltestellen Chlodwigplatz, Bonner Wall und Alter Markt werden wir aussetzen und hier erneute Begutachtungen durch den TÜV Rheinland vornehmen lassen.

Was tut die KVB an vertrauensbildenden Maßnahmen? Dazu ist schon einiges gesagt worden. Lassen Sie mich das kurz aus meiner Sicht zusammenfassen:

- Beratungsangebot des TÜV Rheinland für alle Anlieger der Nord-Süd-Stadtbahntrasse,

- Beauftragung eines weiteren Gutachters, der bisher nicht am Projekt gearbeitet hat,
- Informationsabende mit den Anliegern, aber auch mit den Opfern; wie schon erwähnt, wird es morgen Abend ein Gespräch geben,
- 1 Million Euro als Hilfsfonds der Stadtwerke Köln,
- Einrichtung der Notaufnahme im Hotel „Mercure“ zusammen mit der Stadt Köln,
- Zusammenarbeit mit dem Ombudsmann der Stadt Köln, wie von Herrn Oberbürgermeister vorhin erwähnt, sowie
- Unterstützung der Gewerbetreibenden in der Südstadt.

Ich habe mit einer emotionalen Einleitung begonnen. Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, mit einem emotionalen Schlusswort, quasi in eigener Sache, zu schließen.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVB sind tief betroffen und getroffen - betroffen über das Todesopfer, den Vermissten und allen weiteren Geschädigten; getroffen sind vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter draußen im Fahrdienst. Sie müssen gegenwärtig nicht wenig aushalten. Sie sehen sich teilweise Beschimpfungen bis hin zu Aggressionen ausgesetzt.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen noch einen Vermerk vortragen. Erst gestern habe ich erfahren, dass sich neben den Bauarbeitern auch ein Mitarbeiter unseres Hauses verdient gemacht hat. Diesen Vermerk möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Ich zitiere:

Er- der Busfahrer -

hat seine circa 30 Fahrgäste aus dem Bus aussteigen lassen und sich dann an der Unglücksstelle umgesehen. Er hörte aus dem noch stehenden Gebäudeteil Hilferufe. Danach ist er dann spontan in den noch stehenden Gebäudeteil geklettert und hat sich um fünf verwirrte Menschen im Haus gekümmert. Diese hatten die Orientierung verloren, und eine Person drohte sogar an einer 4 Meter tiefen Abrisskante abzustürzen. Diese junge Frau hat er gerade noch am Arm festhalten und zurückziehen können. Nachdem er die Menschen aus dem Haus geführt hat, haben die

eigentlichen Maßnahmen der Hilfskräfte eingesetzt. Auch der Busfahrer selbst hat sich, unter den schockbedingenden Eindrücken, helfen lassen.# [Zitat nicht verifiziert]

Auch das ist die KVB. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herzlichen Dank, Herr Fenske.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt die Runde eröffnen und die Redner der politischen Parteien in der Reihenfolge gemäß der Größenordnung der Fraktionen zu Wort kommen lassen.

(Jochen Ott [SPD]: Darf ich eine Frage stellen?)

- Ja, bitte.

Jochen Ott (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Mitglied des Ausschusses Bauen und Wohnen habe ich zunächst nur eine Bitte. In den ersten Tagen wurde in der Presseberichterstattung immer wieder die Frage nach der Verantwortung der Gebäudewirtschaft gestellt. Daher möchte ich freundlich darum bitten, dass Herr Streitberger uns berichtet, ob es irgendetwas gibt, was den Rat bei seinen Diskussionen weiterbringen kann.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Streitberger, können Sie dazu etwas sagen? - Natürlich gibt es eine Reihe von Dingen, die Herr Streitberger nachher noch im Zusammenhang mit der Beantwortung von Fragen berichten wird.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe deswegen hier kein Statement abgegeben, Herr Ott, weil das auch in den Fragen, die Ihre Fraktion zum Beispiel gestellt hat, impliziert ist. Selbstverständlich bin ich als Leiter der Gebäudewirtschaft verantwortlich für das Wohl und Wehe unserer Häuser. Deswegen richtet sich auch an uns die Frage, was wir unternommen haben, um unser Haus an dieser Stelle zu schützen.

Es haben im Zusammenhang mit dem Bau der Nord-Süd-Stadtbahn Los Süd immer wieder Begehungen unseres Hauses stattgefunden. Es wurden auch Vermessungen des Gebäudes vorgenommen: zum ersten Mal im Jahr 2004 vor Beginn der Bauarbeiten, zum zweiten Mal im Jahr 2007 vor Beginn der Schildfahrt, wiederum in 2007 nach Abschluss der Schildfahrt und schließlich im Jahr 2008 aufgrund von Hinweisen aus dem Stadtarchiv, dass es Veränderungen im Gebäude gibt, nämlich Setzrisse und auch Abplatzungen an der Decke. Diese Begehung war die Letzte, die durch das von den Schadensregulierern der KVB beauftragte Ingenieurbüro Zorn im November des Jahres 2008 durchgeführt wurde.

Die Leitung des Archivs hat sich dann an die Gebäudewirtschaft gewandt mit der Bitte, noch einmal ein anderes Büro zu beauftragen, um diese Begehung gegenzuchecken. Am 18. Dezember 2008 fand eine Begehung durch ein Ingenieurbüro aus Leverkusen statt. Wir hatten dieses Ingenieurbüro für Tragwerksplanung beauftragt, weil wir es schon in der Vergangenheit für kleinere Baumaßnahmen innerhalb des Gebäudes in Anspruch genommen hatten. Das heißt, es hatte dort Ortskenntnis. Am 5. Januar 2009 erhielten wir eine gutachterliche Beurteilung. Diese gutachterliche Beurteilung ist, bezogen auf die Standsicherheit des Gebäudes, völlig eindeutig und besagt: Die Standsicherheit war zu keinem Zeitpunkt gefährdet, die Standsicherheit ist gegeben, es müssen keine Schutzmaßnahmen unternommen werden. Allerdings steht im Fazit dieser gutachterlichen Begehung ein zweiter Satz, der da heißt: Um die Ursache dieser Veränderungen, das heißt, der Setzrisse im Gebäude im Bereich von Dehnungsfugen und Abplatzungen an den Decken, zu erkunden, soll noch einmal ein Bauschadensachverständiger beauftragt werden, um für die Zukunft vorzubauen.

Nach Rücksprache mit dem Ingenieurbüro Zorn und nach Rücksprache mit der KVB haben wir auf die Beauftragung dieses Bauschadensachverständigen verzichtet, weil uns klar war, dass die Setzungen im Gebäude ursächlich vom Bau der Nord-Süd-Stadtbahn herrühren. Diese Setzrisse, vor allen Dingen entlang von Dehnungsfugen, oder auch kleinere Abplatzungen von Deckenverkleidungen - wir reden hier über Abplatzungen in einem Bereich von 20 Quadratzentimeter - waren auch schon an anderen Gebäuden entlang der Strecke der Nord-Süd-Stadtbahn festgestellt worden. Das

war nichts Ungewöhnliches, sodass wir nach dem 5. Januar diese weitere Beauftragung eines Bauschadensachverständigen, die uns da empfohlen worden war, nicht unternommen haben.

Heute, nach diesem Ereignis, kann man darüber natürlich streiten; das ist mir auch klar. Ich denke, auch das wird unter anderem Teil der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in diesem Zusammenhang sein. Ich denke aber, dass die Gebäudewirtschaft während des Baus der Nord-Süd-Stadtbahn das in ihren Möglichkeiten Stehende - sogar noch über das Maß, was ihre Pflicht war, hinaus - unternommen hat, um Schaden von dem Gebäude abzuwehren.

Nach dem Einsturz hat sich die Gebäudewirtschaft als verantwortliche Institution der Stadt Köln natürlich an Ort und Stelle in allen Belangen eingebracht. Das ist hier heute auch mehrfach gesagt worden. Frau Dr. Klein und auch Herr Neuhoff haben erwähnt, dass wir mit den Kräften der Gebäudewirtschaft sowohl zu den Möglichkeiten der Rettung, der Bergung und der Räumung am Schadensort beigetragen haben als auch die Voraussetzungen geschaffen haben, dass zum Beispiel die beiden Schulen verlagert werden konnten. Wir haben aber auch noch andere Voraussetzungen geschaffen, die im Zusammenhang mit der Bewältigung dieses Unglücks notwendig waren.

Auch in diesem Punkt sind Sie vollständig informiert. Sie haben einen umfangreichen Fragenkatalog gestellt, den wir, so gut es geht, beantwortet haben. Das liegt auf Ihren Tischen. Nicht alle Fragen konnten in der Kürze der Zeit beantwortet werden. Ich bitte um Verständnis, dass ein zusätzliches Statement von mir nicht vorgesehen war. Ich danke Ihnen aber für die Chance, dass ich dazu jetzt Stellung nehmen konnte.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Streitberger.

Ich eröffne die Aussprache. Beginnen wird die CDU-Fraktion. Herr Granitzka, bitte.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Sondersitzung steht ganz im Zeichen des Schocks vom Unglück am Waidmarkt, das uns alle, das diese Stadt ereilt

hat. Wir sind noch immer benommen von dem, was sich vor acht Tagen dort an der Severinstraße ereignet hat. Die Bilder, die wir heute gesehen haben, haben das noch einmal verstärkt.

In unsere Betroffenheit über dieses Unglück mischen sich aber auch Erleichterung und Dankbarkeit, dass es nicht noch mehr Opfer gegeben hat. Das ist nicht von ungefähr gekommen, sondern das haben wir Menschen zu verdanken, die sehr wagemutig im Anblick dieses Desasters anderen Menschen geholfen haben. Das waren insbesondere die Bauarbeiter, aber auch, wie Herr Fenske hier eben so plastisch geschildert hat, Mitarbeiter der KVB und andere, die wir vielleicht noch gar nicht kennen. Ihnen gilt unser Dank. Sie haben verhindert, dass dieses Unglück noch größere Ausmaße angenommen hat.

(Beifall)

Ich war kurz nach dem Desaster an der Unfallstelle, um einen Überblick zu gewinnen. Einige von Ihnen wissen, dass ich lange Jahre im Katastrophenschutz dieser Stadt mitgearbeitet und in den Krisenstäben gesessen habe. Nun konnte ich die sogenannte chaotische Phase, wie man das im Fachdeutsch nennt, erleben und beobachten, wie die Rettungs- und Einsatzkräfte ihre Arbeit getan haben. Meine Damen und Herren, mein Eindruck war - das möchte ich Ihnen und der Öffentlichkeit deutlich schildern -, dass von Anfang an eine wirklich hochmotivierte, sehr professionelle Mannschaft erfolgreich zusammengewirkt hat. In allen Berichten über Katastrophen, mit denen wir uns beschäftigt haben, habe ich so etwas nie gelesen, was ich hier gesehen habe. Ich bin wirklich dankbar und sehr stolz darauf, dass wir in dieser Stadt eine derart gute Katastrophenschutzorganisation haben, die von der ersten Stunde an ihr Möglichstes getan hat, um Menschenleben zu retten, aber auch um die Kulturgüter zu sichern. Dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie von Teilen der SPD)

In meinen Dank möchte ich insbesondere auch die Arbeit des Krisenstabes einbeziehen, wie es der Herr Oberbürgermeister schon getan hat; denn dieser musste die gesamte Koordination bewältigen. Er musste dafür sorgen, dass die Männer und Frauen, die vor Ort versucht haben, Menschenleben zu retten, richtig eingesetzt werden.

Nun sind vermutlich zwei Menschen ums Leben gekommen. Wertvollste Archivalien sind wahrscheinlich unwiederbringlich verloren. Das ist die trockene Bilanz dieses Geschehens. Bei aller Wertschätzung für die Kulturgüter, die wir verloren haben oder die wir versuchen, wiederzubekommen, stand immer die Rettung von Menschenleben im Vordergrund - das war allen Beteiligten deutlich anzumerken - und die Bergung der Vermissten. Wir haben Khalil immer noch nicht gefunden.

Ein Weiteres hatte Vorrang, nämlich die Rücksichtnahme auf die Angst der Menschen im Umfeld des Stadtbahnbaus vor dem Unbekannten, vor dem, was sich im Untergrund tut. Die Menschen haben sich bedroht gefühlt. Diese Ängste waren immer schon latent vorhanden, sie sind nach dem Ereignis mit dem schiefen Turm von St. Johann Baptist nicht geringer geworden und haben sich jetzt bis zum Äußersten verstärkt.

Als unser Oberbürgermeister an der Unfallstelle eintraf, stand er ganz unter dem Eindruck dieser Ängste, die wir alle, die mit den Betroffenen gesprochen haben, spürten und zu seiner Kernaussage führten: Ein Weiter-so darf es nicht geben.

(Beifall bei der CDU)

Eine Atempause, ein Innehalten musste her, um im wahrsten Sinne des Wortes den Stadtbahnbau für die Menschen sicher machen zu können. Mit dieser Forderung hat sich der Oberbürgermeister durchgesetzt. Wir erkennen das dankbar an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist nun erreicht. Die Verantwortlichen haben sich entschlossen, alle sicherheitsrelevanten Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, wo gleiche Gefahren auftreten, aber auch sofort, schnell und sogar vorzeitig weiterzuarbeiten, wo dringend notwendige Sicherungsarbeiten, beispielsweise das Betonieren der Sohlen, erforderlich sind. Wir teilen die Ansicht, dass diese Maßnahmen - sowohl der Baustopp an den Stellen, die es erfordern, als auch das Weiterbauen, um die Baustellen zu sichern - das Sicherheitsgefühl der Menschen stärken und dass die Menschen so in die Lage versetzt werden, der Arbeit der Fachleute mehr Vertrauen entgegenzubringen.

Mit Respekt sehen wir auch den persönlichen Einsatz des verantwortlichen KVB-Managements. Meine Damen und Herren, ich

möchte mich den Worten des Oberbürgermeisters anschließen. Es hat hier Kritik gegeben, dass die Menschen nicht entsprechend aufgeklärt worden sind. Aber das ist dem Umstand geschuldet, dass hier eine derart komplexe Materie vorliegt, die man nicht einfach mal so „unters Volk“ bringen kann. Ich bitte Sie, Herr Fenske und Herr Reinartz, fahren Sie mit dem Informieren der Menschen vor Ort fort. Informieren Sie zeitgerecht und immer entsprechend den Gegebenheiten der jeweiligen Baustellen. Damit können Sie bei den Menschen ein Gefühl von Sicherheit erzeugen. Ich möchte Sie dazu herzlich ermuntern.

Meine Fraktion wird die Aufklärung, die jetzt die Staatsanwaltschaft und auch die Fachleute vornehmen werden, wie versprochen konstruktiv und kritisch begleiten. Wir lehnen es ab, uns zum jetzigen Zeitpunkt an Spekulationen zu beteiligen und Verantwortlichkeiten vorschnell zuzuweisen. Ich meine, wir können und wir sollten uns jetzt darauf konzentrieren, welche Beiträge wir leisten können, um die Archivalien zu sichern und natürlich auch um Khalil zu finden und zu bergen.

Vielleicht sollten wir uns schon jetzt gemeinsam darüber Gedanken machen, wo wir die geretteten Archivalien unterbringen können. Können wir nicht schon jetzt ein Haus finden, das würdig ist, diese Kulturgüter aufzunehmen? Ich denke, das Interesse der Menschen an diesen Kulturgütern wird jetzt in einem enormen Maße steigen. Wir sollten jetzt nicht kleinbürgerlich und bürokratisch auf die Suche gehen, auch angesichts der großen Kosten, die ohnehin entstehen, sondern versuchen, ein repräsentatives Haus zu finden. Ich bin dem Oberbürgermeister sehr dankbar, dass er den Hauptausschuss für den 19. März eingeladen hat. In diesem Rahmen sollten wir versuchen, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Herr Oberbürgermeister und andere haben hier erwähnt, dass wir für die Solidarität der Kölnerinnen und Kölner und der Menschen aus dem ganzen Land dankbar sind. Die Tatsache, dass die Kölnerinnen und Kölner zusammenstehen und die Menschen aus dem ganzen Land bei uns sind und uns helfen, sollte uns mahnen, hier jetzt politisch zusammenzustehen und die Maßnahmen der Verwaltung, der Behörden und der Hilfsdienste voll und ganz zu unterstützen.

Die Ursachen müssen und sie werden aufgeklärt werden. Erst dann geht es darum, Verantwortlichkeiten zu debattieren und Urteile in

dem Rahmen zu fällen, wo das sein muss. Jetzt aber geht es darum, alles daran zu setzen, dass sich ein solches Unglück nicht wiederholen kann und das gerettet werden kann, was in dieser Stadt an Kulturgut zu retten, aber vor allem an Menschenleben zu retten ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Granitzka. - Herr Börschel für die SPD-Fraktion, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte - das wird nicht das einzige Mal heute bleiben - meine Ausführungen mit einem Dank beginnen, der angesichts der Umstände gar nicht oft genug ausgesprochen werden kann. Es ist der Dank an die Kölner Berufsfeuerwehr, an die Freiwilligen Feuerwehren, an alle an der Rettung und Sicherung beteiligten Freiwilligen, an die Rettungs- und Hilfsdienste wie Malteser Hilfsdienst und Rotes Kreuz, an die Kultur- und Archivinstitutionen sowie an die Verkehrsbetriebe und die Dienststellen unserer Stadtverwaltung. Sie alle leisten dort seit nunmehr einer Woche eine Arbeit, die weit über das eigentlich Menschenmögliche hinausgeht. Ihrem Einsatz gebührt höchste Anerkennung und unser aller Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen der CDU)

Ich will hinzufügen: Ich finde es ungemein beruhigend, dass in einem Großschadensfall die Arbeiten so kundig und koordiniert vonstattengehen, wie sie hier von Krisenstab und Einsatzleitung organisiert werden.

Meine Damen und Herren, am 3. März 2009 gegen 14.00 Uhr ist in dieser Stadt etwas geschehen, das nie und nimmer hätte passieren dürfen. Es ist ein Unglück, das zuvor undenkbar war, das unfassbar ist. Ein junger Mensch ist zu Tode gekommen und mindestens ein weiterer wird noch vermisst. Zahlreiche Menschen sind obdachlos geworden. Viele von ihnen haben das meiste von ihrem persönlichen Hab und Gut verloren - von heute auf morgen, von jetzt auf gleich. Das Historische Archiv der Stadt Köln, häufig als das bedeutendste diesseits der Alpen beschrieben, mit seinem unermesslich wertvollen Bestand aus 1 000 Jahren wurde durch den Zusammenbruch seines Domizils zerstört.

Dieses erschütternde Unglück ist nicht vergleichbar mit Einzelfällen, in denen kriminelle oder singuläre Unglücksursachen Menschenleben fordern und Zerstörung anrichten. Dieses Unglück vom 3. März 2009 wird für viele 100 Jahre in der Geschichte und in der Geschichtsschreibung dieser Stadt unserer Zeit ein Zeugnis ausstellen; ich befürchte: kein gutes.

Die Frage, warum diese beiden jungen Menschen und viele andere mehr sowie die Zeugnisse von 1 000 Jahren Kölner Stadtgeschichte Opfer dieses unfassbaren Unglücks werden mussten, reicht weit hinaus über Detailfragen nach Einzelzuständigkeiten, Firmenverantwortungen, Regeln der Kunst, Einzelnormen, Stand der Technik, möglicherweise kriminellem Verhalten und anderem mehr. Diese Details werden durch zahlreiche Gutachten und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen aufgeklärt, und die Schuldfragen werden letztlich gerichtlich geklärt.

Jenseits aller schrecklichen Details hat das Unglück, von der Severinstraße ausgehend, eine Schockwelle durch die gesamte Stadt gejagt. Es hat eine geradezu körperlich spürbare, tiefsitzende Verunsicherung in unserer Stadt und bei ihren Bürgerinnen und Bürgern ausgelöst. Auf den Punkt gebracht stellen sich viele die Frage: Ist die 2 000 Jahre alte Kulturstadt Köln heute nicht mehr in der Lage, in ihrem Herzen ein kompliziertes Großbauwerk sicher für Menschen und Kulturschätze zu bewerkstelligen?

Dieses Unglück vom 3. März 2009 hat deshalb eine derart verstörende Wirkung, weil es nach dem grundsätzlichen Konsens aller Akteure und Verantwortlichen im Gesamtsystem Stadt Fragen über Wert- und Rangordnungen von Sicherheit ausgelöst hat, von Sicherheit im allerumfänglichsten Sinne des Wortes. Ist das außerordentlich hohe Gewicht des Archivgebäudes samt Inhalt in die Berechnungen eingeflossen? Sind die geologischen Besonderheiten an Ort und Stelle ausreichend berücksichtigt worden? Oder anders ausgedrückt: Gab es vor und vor allem nach dem Kirchturmsvorfall von St. Johann Baptist im Jahre 2004 den absoluten, unbedingten und dementsprechend nachdrücklichen und unmissverständlich geäußerten Willen der Verantwortlichen, diesen U-Bahn-Bau nicht nur nach den wahrscheinlich sicherheitsgewährenden Regeln der Kunst,

sondern nach den höchstmöglichen Sicherheitsstandards zu Ende zu bringen?

Ob und inwieweit diese außerordentliche Verpflichtung empfunden, wahrgenommen und in Direktiven umgesetzt wurde, wird im weiteren Verlauf der Prozess zeigen, der in der Ratssitzung heute begonnen wurde. In diesem Sinne verstehen wir die heutige Sitzung beileibe nicht nur als Informationsveranstaltung für den Stadtrat - das war ein richtiger und guter Anfang -, sondern als Beginn eines Prozesses, den wir nur juristisch der Staatsanwaltschaft und den Gerichten überlassen dürfen. Ich versichere an dieser Stelle den Angehörigen und Freunden der Opfer, den Kölnerinnen und Kölnern und all denen, die seit dem katastrophalen Unglück von überall her erschüttert und fassungslos auf unsere Stadt schauen: Wir werden nicht zulassen, dass die Frage nach der Verantwortlichkeit für diesen entsetzlichen 3. März 2009 unbeantwortet im Nirwana verschwindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, das katastrophale Unglück wirft nicht nur die Frage nach der Verantwortung auf, sondern erlegt uns auch sehr drängende Aufgaben auf.

Erstens. Wir müssen schnellstmöglich und nachhaltig das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das Handeln dieser, unserer Stadt wiederherstellen. Die Menschen haben ein Recht auf Sicherheit, und zwar auf tatsächliche und auf gefühlte Sicherheit.

Zweitens. Wir müssen alles für die Sicherheit der Menschen tun, die im Umfeld von U-Bahn-Baustellen leben, an allen Stellen, mit allem Nachdruck und mit höchstmöglicher Offenheit.

Drittens. Wir müssen unsere Schuld gegenüber der Geschichte dieser Stadt begleichen. Wir müssen schnellstmöglich bergen, was zu bergen ist, und wir müssen schnell ein neues Gebäude für unser Historisches Archiv erstellen.

Viertens. Wir müssen den Bau der Nord-Süd-U-Bahn mit aller Sorgfalt und Sicherheit zu Ende führen. Dazu müssen aber auch alle Verantwortlichen bereit sein, sich mit Details und dem Notwendigen zu beschäftigen, statt scheinbar populäre Parolen auszugeben, als hätte man mit allem nichts zu tun, und statt heute das eine, morgen das Gegenteil und übermorgen etwas Relativierendes zu sagen.

Fünftens. Wir müssen nachdrücklich dem fatalen Eindruck entgegenwirken, Köln sei auf dem Weg zur rheinischen Bananenrepublik. Diesem Eindruck, der insbesondere überregional immer wieder an uns herangetragen wird, müssen wir schnellstmöglich entgegenwirken.

Köln muss seinen guten Ruf verteidigen. Das ist in den kommenden Monaten eine wichtige Aufgabe, zu der wir hier im Stadtrat, aber auch alle mit Ämtern ausgestatteten Personen der Exekutive einen Beitrag leisten können und müssen. Damit haben wir genug zu tun. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie von Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank, Herr Börschel. - Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der 3. März 2009 ist aufgrund dieser schrecklichen Katastrophe für Köln ein äußerst tiefer Einschnitt. Der Tod eines jungen Menschen, die Ungewissheit über einen weiteren Vermissten, die obdachlos gewordenen Bewohner und Bewohnerinnen und nicht zuletzt die Zerstörung eines der bedeutendsten historischen Archive in Europa haben nicht nur bei uns, sondern weit über Köln hinaus große Betroffenheit hervorgerufen. Es ist ein traumatisches Ereignis.

Wir hoffen, dass zumindest ein Teil der historisch wertvollen Dokumente noch gerettet werden kann. Die Bergung der verschütteten Kulturgüter wird noch längere Zeit und ihre Wiederherstellung sicherlich ein Jahrzehnt beanspruchen. Die Bergung und Restaurierung erfährt inzwischen dankenswerterweise eine breite Unterstützung. Tatsächlich wird längerfristig tatkräftige, praktische, finanzielle und insbesondere auch breite politische Unterstützung notwendig sein. Es ist sicherlich auch Aufgabe des Rates, in Kürze über die dauerhafte Perspektive der betroffenen Schulen und insbesondere des Historische Archivs zu beraten und Entscheidungen zu treffen.

Selbstverständlich gilt unsere große Anerkennung dem umsichtigen und unermüdlichen Rund-um-die-Uhr-Einsatz der Feuerwehr, der Bergungskräfte sowie besonders der Hilfsbereitschaft vieler Bürgerinnen und

Bürger, die auch aus dem Bundesgebiet und Nachbarstaaten an uns herangetragen wird.

Bei den Menschen, die entlang der U-Bahn-Strecke leben, aber auch bei den Menschen in Köln insgesamt hat die Katastrophe zu großer Verunsicherung geführt. Sie erwarten zu Recht, dass Verantwortung übernommen wird. Dazu gehört, dass die Verantwortlichen nachvollziehbare und der Situation angemessene Antworten geben. Vor allem erwarten sie, dass alle Maßnahmen beim Bau ergriffen werden, um höchstmögliche Sicherheit zu gewährleisten, und dass mögliche Versäumnisse korrigiert werden.

Unseres Erachtens sind dieser Verantwortung nicht alle nachgekommen. Wer ist überhaupt verantwortlich? Diese Frage wird jetzt oft gestellt. Sind es die durch den Oberbürgermeister vertretene Stadt Köln, der Planungsdezernent, das Management der KVB, die bauausführenden Firmen, die Genehmigungsbehörden und natürlich nicht zuletzt auch der Rat über die von ihm in die Aufsichtsräte entsandten Mitglieder? Auch wenn jeder dabei eine andere Rolle spielt, so hat doch jeder die Pflicht, sich seiner Verantwortung zu stellen.

Mit Blick auf die letzten Tage kann man feststellen: Dieser Verantwortung sind nicht alle angemessen nachgekommen. Verantwortung bedeutet nicht automatisch ein Schuldeingeständnis, etwa im juristischen Sinne. Verantwortung bedeutet vielmehr, dass eine Person für die Folgen eigener oder fremder Handlungen Rechenschaft ablegen muss. Sie drückt sich darin aus, bereit und fähig zu sein, später Antwort auf mögliche Fragen und deren Folgen zu geben. Eine Grundvoraussetzung hierfür ist die Fähigkeit zur bewussten Entscheidung. Verantwortung zieht immer eine Verantwortlichkeit nach sich, das heißt, man muss dafür Sorge tragen, dass die Entwicklung des Verantwortungsbereichs im gewünschten Rahmen verläuft.

Wir haben den Eindruck, dass hier nachgebessert werden muss. Wir halten es für unverantwortlich, sich aus wahltaktischen Motiven in die Rolle des unbeteiligten Kritikers zu begeben, auf Effekthascherei zu setzen oder gar aus dieser Katastrophe Honig zu saugen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In einer solchen Ausnahmesituation sind Besonnenheit und Führungsverantwortung gefragt. Auch eine Haltung angesichts dieses

Desasters, das eigene Tun nicht selbstkritisch infrage stellen zu wollen, untergräbt das Vertrauen in die Verantwortlichen.

(Bernhard Ensmann [CDU]: Was soll denn der Quatsch jetzt?)

Mit der von uns geforderten Ratssitzung und den Sondersitzungen der Aufsichtsräte versuchen wir - ich denke, das ist die Aufgabe aller Ratsmitglieder -, dieser Verantwortung gerecht zu werden, indem wir klären wollen, welches Handeln notwendig ist, um dann die als richtig erkannten Schritte umzusetzen.

Es ist bekannt, dass dieses Großprojekt 1992 gegen unsere Stimmen beschlossen wurde. Aber wir sind weit davon entfernt, dies nun als Begründung anzuführen, um uns diesen drängenden Fragen nicht stellen zu müssen.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Das brächten Sie auch noch fertig, Herr Frank!)

Im Gegenteil, wir wollen dafür Sorge tragen, dass wir alle hier im Rat in die Verantwortung genommen werden.

Besteht im Bereich der U-Bahn-Baustelle eine weitere Gefährdung für die dort lebenden Menschen? Das ist die Kernfrage, die nach Meinung der grünen Ratsfraktion unverzüglich geklärt werden muss. Hier stehen KVB, beauftragte Baufirmen und Stadtspitze unmittelbar in der Verantwortung. Es vergrößert die Verunsicherung und erschüttert die Glaubwürdigkeit weiter, wenn diese Frage, zum Beispiel mit Hinweis auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, nicht offensiv beantwortet wird.

(Johannes-Werner Hamm [CDU]: Alles Unterstellung!)

Es ist notwendig, eine offensive Kommunikationspolitik zu betreiben. Ich bin Herrn Fenske dankbar für seine heutigen Ausführungen. Das ist, wie ich denke, der richtige Weg. Nicht der richtige Weg wäre, jetzt eine pauschale und eher populistisch motivierte Debatte über einen Baustopp zu führen. Das gleitet schnell ins Irreale ab. Wir haben inzwischen gelernt, dass es notwendige Baumaßnahmen gibt, die schnell durchgeführt werden müssen, um Sicherheit zu schaffen - dies hat die KVB AG eben dargestellt. Das findet auch unsere Unterstützung. Das Gebot der Stunde heißt, sich nicht wegzuducken, sondern Verantwortung zu übernehmen und vor allem entschlossen Maßnahmen zu ergreifen, die auf

mehr Sicherheit hinwirken und zu mehr Vertrauen führen.

Deshalb werden wir auch - das kann an dieser Stelle jetzt nicht geschehen - die notwendigen Fragen stellen und diese in den nächsten Sitzungen hier diskutieren. Das erwarten die Menschen. Sie erwarten, dass wir eine genaue Aufklärung betreiben. Dieser Erwartungshaltung der Menschen sollten wir uns alle stellen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die FDP spricht Herr Ralph Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der FDP-Fraktion den Worten des Mitgefühls für die Angehörigen des Todesopfers und des Vermissten, die Anwohner, die ihr Hab und Gut verloren haben, aber auch für viele andere Betroffene wie die Schülerinnen und Schüler und die Gewerbetreibenden auf der Severinstraße anschließen.

Ich möchte mich auch dem Dank an die Einsatzkräfte der Feuerwehr, des THW und aller Hilfsorganisationen anschließen. Es gibt viele Dinge im Hintergrund, die wir gar nicht mitbekommen. Ich habe eine Mail bekommen, in der beklagt wird, welche Probleme Hilfskräfte, zum Beispiel von der freiwilligen Feuerwehr, am Arbeitsplatz bekommen, obwohl gesetzliche Regelungen bestehen. Mir wurde ein Fall berichtet, dass einem Feuerwehrmann gedroht wurde, dass er, wenn er nicht in einer Stunde wieder an seinem Arbeitsplatz sei, gefeuert wird. Mit diesen Themen müssen wir uns auch in der Nachbereitung dieses Unglücks beschäftigen, damit die Leute, die ihren Kopf dafür hinhalten, die Sicherheit haben: Wenn sie uns helfen, werden wir wiederum ihnen helfen.

Ich möchte mich auch bei den Medien bedanken, die mit ihrer breiten Berichterstattung dafür gesorgt haben, dass das Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger gestillt werden konnte. Meinen Dank will ich aber direkt mit einem Appell an die Medien koppeln. Nicht alles, was veröffentlicht wird - das ist schon einmal gesagt worden -, ist hilfreich.

Als ich gestern aus der Aufsichtsratssitzung der KVB und der Stadtwerke kam, wurde ich mit der Frage konfrontiert: Was tut ihr denn gegen das

einstürzende Interconti? Dazu gab es dann entsprechende Meldungen. - Heute konnte man lesen, dass ein selbsternannter Fachmann sagte: Wenn es im Stadtarchiv 4 Zentimeter dicke Risse gegeben hat, hätte man es längst räumen müssen. Auch das führte zu reißerischen Überschriften. - Auf die Frage bezüglich der Verantwortung sind meine Vorredner schon eingegangen. Ich glaube, die Frage „Herr Sterck, fordern Sie den Rücktritt von Herrn A. oder von Herrn B.?“

(Zuruf: Von Herrn S.)

kann jetzt nicht beantwortet werden. Es wird alles entsprechend aufgeklärt werden. Erst dann ist es an der Zeit, die Frage nach der Verantwortung zu stellen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, Vertrauen sei verlorengegangen. Verlorengegangen ist leider aber auch das Vertrauen in die Führung dieser Stadt. Der *Express* hat im Kommentar in seiner Samstagsausgabe einige Aussagen von Ihnen zusammengefasst, die Sie innerhalb von 24 Stunden gemacht haben. Anfangs haben Sie gesagt: Der Weiterbau der Nord-Süd-U-Bahn ist unverantwortlich. - Einige Stunden später wird gemeldet: Der OB stellt den U-Bahn-Bau in dicht besiedelten Großstädten grundsätzlich infrage. - Am Tage darauf haben Sie dann gesagt: Der U-Bahn-Bau muss so, wie geplant weitergehen. Es wird nur eine temporäre Atempause empfohlen.

Diese Atempause haben Sie jetzt durchgesetzt - der Kollege Granitzka hat das hier lobend erwähnt -, aber leider nicht in den dafür zuständigen Gremien, also nicht im Aufsichtsrat von KVB oder Stadtwerke am Freitag und am Dienstag, als dieses Thema auf der Tagesordnung stand, nicht in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am Freitag und auch nicht im Rat am heutigen Tag. Das wären die vornehmsten Gremien gewesen, die sich mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Nein, Sie haben es auf dem „kleinen Dienstweg“ mit dem Vorstand der KVB direkt geregelt und dann auch noch mit entsprechender Zeitverzögerung. So stelle ich mir eine Einbindung der zuständigen Gremien in diese wichtigen Fragen nicht vor. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erwarten, dass der Kapitän auf der Brücke ist und das Schiff durch schweres Fahrwasser führt. Diese Chance ist an dieser Stelle leider verpasst worden.

(Bernhard Ensmann [CDU]: Alles Wahlkampf!)

Wenn Sie, Herr Kollege Börschel, davon sprechen, dass wir uns schuldig gemacht haben gegenüber der Geschichte der Stadt Köln, müssen wir auch die Frage beantworten: Wie wollen wir mit dieser Schuld umgehen? Wo wollen wir das Historische Archiv wieder aufbauen? Sie wissen, dass viele von uns für den Standort am Gerionskloster gekämpft haben; letztendlich konnten wir diese Idee nicht realisieren. Ich meine, wir sollten das wieder aufgreifen; denn gerade an diesem historischen Standort, in einem Gebäude, das die Stadt Köln schon einmal dem Abriss preisgegeben hat, könnten wir diese Schuld am ehesten ausräumen. Das wäre eine sehr würdige Stelle für den Wiederaufbau des Historischen Archivs. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Vorschlag der FDP-Fraktion unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön, Herr Sterck. - Für die Fraktion pro Köln Frau Wolter, bitte.

Judith Wolter (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Katastrophe in der Severinstraße wirft ein denkbar schlechtes Licht auf die Stadt Köln. Der Einsturz des Stadtarchivs kostete vermutlich zwei jungen Menschen das Leben und zerstörte in weiten Teilen das historische Gedächtnis der Stadt. Was Kriege und Naturkatastrophen in tausend Jahren nicht geschafft haben, das hat der kölsche Klüngel und die damit einhergehende Schlamperei bei öffentlichen Angelegenheiten mit Leichtigkeit erreicht. Jawohl, im Namen der Fraktion pro Köln wiederhole ich das noch einmal ausdrücklich: Schlamperei und Pfusch bei den Kölner Verkehrsbetrieben und der Stadtverwaltung sind höchstwahrscheinlich der Auslöser dieser Katastrophe. Zahlreiche Experten haben inzwischen nachgewiesen, dass es gravierende Versäumnisse bei der Planung und der Beaufsichtigung des U-Bahn-Baus gab, die letztendlich wohl zur Katastrophe im Severinsviertel führten.

An den Händen der Verantwortlichen klebt nun Blut. Diese Verantwortlichen haben auch Namen und Gesichter. Es sind zum großen Teil führende Persönlichkeiten aus den etablierten Parteien der Stadt Köln, die sich seit Jahrzehnten die lukrativsten Posten in der Stadt aufteilen.

Berufliche Qualifikation scheint dabei oft nur eine Nebenrolle zu spielen. Der frühere CDU-Chef Walter Reinartz ist als Technischer Vorstand der KVB unmittelbar für den U-Bahn-Bau verantwortlich. Was prädestiniert Herrn Reinartz außer seiner CDU-Tätigkeit eigentlich für diese wichtige Aufgabe?

(Henricus van Benthem [CDU]: Das ist eine Frechheit! - Regina Wilden [pro Köln]: Der hört ja nicht einmal zu, der Herr Reinartz!)

Aufseiten der Stadtverwaltung stehen natürlich der SPD-Stadtdirektor Guido Kahlen und Oberbürgermeister Fritz Schramma in der politischen Verantwortung. Sie alle haben schwere moralische Schuld auf sich geladen. Ob daraus eine juristische Schuld wird, werden Staatsanwälte und Gerichte klären müssen.

Es sei hier noch einmal daran erinnert, dass es seit Jahrzehnten in Köln kein größeres öffentliches Bauprojekt gibt, das ohne gravierende Skandale seine Fertigstellung erlebt hat. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Schmiergelder in Millionenhöhe, die beim Bau der überdimensionierten Müllverbrennungsanlage im Kölner Norden flossen, oder an die größeren und kleineren Skandale beim Bau der Kölnarena oder an die heute noch nicht vollständig aufgeklärten Skandale beim Bau und der Finanzierung der neuen Kölner Messehallen. Es wurde geklüngelt, getrickst und letztendlich auf Kosten der Steuerzahler abkassiert. Regeln und Gesetze werden in Köln immer wieder geknetet und gebogen, bis sie passen. Dieses Phänomen wird gerne mit dem Begriff „kölscher Klüngel“ umschrieben; doch das ist eine Verniedlichung. Ein Gemeinwesen, in dem Gesetzesmacher nicht selten Gesetze nur als Richtschnur für die anderen begreifen, in dem etablierte Parteien wie Staatsparteien, aber ohne staatsbürgerliches Bewusstsein regieren, ist wirklich gemein im gebräuchlichen Sinne des Wortes.

Gerade in der Klüngelhochburg Köln vereinen sich manchmal Landschaftspflege und Korruption auf seltsame Weise. In der etablierten Kölner Kommunalpolitik gilt das Umgehen von Moral und Regeln als besonders pfiffig. Jetzt haben diese besonderen Kölner Verhältnisse wahrscheinlich zwei Menschenleben gefordert. Ein Toter wurde bereits geborgen. Zudem wurden wesentliche Teile des kulturellen Gedächtnisses der Stadt irreparabel zerstört.

Dafür möchte Fritz Schramma, der als amtierender Oberbürgermeister ohne jeden Zweifel die Verantwortung zu tragen hat, ungern verantwortlich gemacht werden. Ebenso weist Walter Reinarz, der bei der KVB als Vorstand persönlich für den U-Bahn-Bau verantwortlich ist, jede Schuld von sich. Reinarz war übrigens bis zur Aufdeckung seines Pensionsskandals Parteivorsitzender der Kölner CDU. Parteifreund Rummel, Chef der Gebäudewirtschaft, weist ebenfalls jede Verantwortung von sich. Vielleicht waren es aber auch die besonderen Kölner Verhältnisse, sprich: die Klüngelkultur, die die Katastrophe in der Severinstraße auf dem Gewissen haben.

(Bernhard Ensmann [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Wir fordern jedenfalls von der Verwaltung und der Kölner Staatsanwaltschaft eine lückenlose Aufklärung sämtlicher Vorgänge. Wir möchten wissen, wer und wann bei der KVB und in der Stadtverwaltung von Risiken gewusst hat. Derzeit kann ich jedenfalls ein Organisationsversagen nicht ausschließen.

Fest steht auch, dass viele Kölner den Glauben an die Ingenieurskunst verloren haben. Die Zeche haben die Anwohner in der Severinstraße sowie in der gesamten Südstadt zu zahlen.

Uns als Kommunalpolitiker bleibt die Aufgabe, wenigstens für eine größtmögliche Aufklärung zu sorgen, die Schuldigen zu benennen und harte Konsequenzen durchzusetzen. Das wird die Fraktion pro Köln mit aller Macht versuchen. Denn wir sind nicht Teil dieses Kölner Klüngelkartells und werden daher für eine schonungslose Aufklärung kämpfen, damit sich so etwas Schreckliches in Köln in Zukunft nicht wiederholen kann. Um weiteren Schaden von der Stadt und der Bevölkerung abzuwenden, plädieren wir für einen sofortigen und endgültigen Baustopp. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Für die Fraktion Die Linke Herr Detjen, bitte.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Herr Detjen, jetzt erzählen Sie aber nicht das Gleiche!)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Die Linke ist erschüttert über die Katastrophe in der Severinstraße. Unsere Herzen sind bei Kevin und Khalil und bei den Angehörigen der Opfer. Die Kölnerinnen und Kölner sind traurig, erstarrt, verunsichert und wütend zugleich über diese Katastrophe. Köln hat ihre Einwohner und einen wichtigen Schatz schlecht behütet und geschützt. Ich möchte mich im Namen meiner Fraktion und meiner Partei bei den vielen Helferinnen und Helfern für ihren Einsatz ganz herzlich bedanken.

(Beifall von Claus Ludwig
[Die Linke.Köln])

Es ist schon sehr grotesk, wie kopflos unser Oberbürgermeister auf diese Katastrophe reagiert hat: Erst forderte er einen Baustopp und hielt es - Zitat - „eigentlich fast für unverantwortlich“, eine U-Bahn in Köln zu bauen. Dann lässt er sich doch noch von Fachleuten aufklären und will aus Sicherheitsgründen weiterbauen lassen. Um wenigstens halbwegs das Gesicht zu wahren, richtet er schließlich eine Bitte an die KVB, ein Moratorium - so haben Sie es heute genannt - durchzuführen. Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, und Sie, meine Damen und Herren, Konsequenzen - ich betone: Konsequenzen - aus dem Unglück ziehen, dann stimmen Sie unserem Antrag zu, die Planungsmittel für die Ost-West-Bahn jetzt zu stoppen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Wenn ein Stadtbahnprojekt erst einmal auf die Schiene gesetzt ist, kann man diesen Prozess kaum noch stoppen. Die Entscheidung über die Nord-Süd-Stadtbahn fiel bereits 1996, also lange bevor wir in den Rat gewählt worden sind. Danach ließ sich an dieser Entscheidung kaum noch etwas ändern. Jetzt können wir Konsequenzen ziehen und den weiteren Bau einer Tunnelbahn aufhalten bzw. tatsächlich stoppen. Wer Vertrauen bei den Kölnerinnen und Kölnern schaffen will, muss Klarheit schaffen. Klar ist, dass man die Ost-West-Stadtbahn verhindern kann. Klar ist auch, dass die Bauarbeiten an der Nord-Süd-Stadtbahn in ein paar Wochen weitergehen werden.

Klarheit, Transparenz und Durchblick hat der KVB-Vorstand unseres Erachtens vermissen lassen. Mit der Problematik des Grundwassers, des hydraulischen Grundbruchs, haben Sie, Herr Fenske, sich spät, meines Erachtens erst gestern befasst, obwohl dieses Problem bereits am 8. Dezember auf der Aufsichtsratssitzung in Ihrer Vorlage thematisiert worden war. In Ihrer

Folie, Herr Fenske, stand jetzt das Datum 29. Januar. Da stimmt etwas nicht. Sie haben den Aufsichtsrat am 8. Dezember 2008 davon unterrichtet, dass es ein Problem mit dem Grundwasser gibt. Das muss man einfach einmal feststellen. Es muss also Informationen dazu gegeben haben.

Immer deutlicher wird auch die Frage, ob der Baugrund, die Sohle, nicht besser in wasserdichter Baugrube hätte erstellt werden müssen. Eine solche Bauweise, die meines Erachtens sicherer ist, würde allerdings teurer werden; das sage ich ausdrücklich. Da beißt sich die Katze wieder in den Schwanz. Alle sagen ja immer, das wäre zu teuer. Wenn man wirklich sicher bauen will, dann ist das nicht billig.

Wir haben den Eindruck, dass der KVB-Vorstand und die Bauleitung den Überblick verloren haben. Die Baustelle ist nicht in einer Hand, sondern wegen der vielen Sonderaufgaben sind zahlreiche Subunternehmen eingebunden, deren Entscheidungen in das Projekt eingeflossen sind. Das sind die bekannten Fehlerquellen bei Großvorhaben und -baustellen. Die Bauoberleitung durch die INGE PNS hat schwere Fehler gemacht. Soweit wir wissen, hat in dieser Ingenieurgesellschaft die Firma Schüßler Plan die Federführung. Herr Kahlen, ich habe heute zum ersten Mal gehört, dass dieses Unternehmen, das die Bauleitung innehat, unmittelbar in den Krisenstab eingebunden ist. Wenn dieses private Unternehmen, dieses Ingenieurbüro, in den Krisenstab eingebunden ist, muss es dort auch seine Informationen und Kenntnisse preisgeben und für Transparenz sorgen. Dazu haben Sie aber heute nichts mitgeteilt. Das fehlte in Ihrem Bericht.

Hier schließt sich der Kreis zum Kölner Stadtrat. Der Kölner Stadtrat folgte 1996 einem sogenannten unabhängigen Gutachten der Firma Schüßler Plan, also dem Unternehmen, das heute die Bauleitung innehat. Bei den entscheidenden Abstimmungen über den Bau der Nord-Süd-Stadtbahn kritisierte das grüne Ratsmitglied Dr. Astrid Reimers damals, dass nach ihrer Auffassung bei der Auswahl des infrage kommenden Gutachtens U-Bahn-Bezweifler nicht berücksichtigt worden sind. Das war noch eine sehr freundliche Kritik von Frau Reimers. Später sind der Rat und die KVB noch einen Schritt weitergegangen, indem sie der Firma Schüßler Plan die Bauleitung für das Gesamtprojekt übertragen haben. Es war meines Erachtens ein fataler Fehler - zweifellos ist das ein renommiertes Unternehmen -, dass dem

Unternehmen, das das Gutachten zu den Variantenvorschlägen gemacht hat, auch die Bauleitung übertragen wurde. Es ist doch klar, dass ein Unternehmen, das sich auf Tunnelbau spezialisiert hat, eine Tunnellösung favorisiert. Das ist doch selbstverständlich. Ich meine, das ist ein entscheidender Punkt, der auch noch einmal kritisch hinterfragt werden muss. Das haben die Grünen damals schon gemacht; sie sind aber damit nicht durchgekommen.

Wir haben noch einmal die Verwaltungsunterlagen zum Bau der Nord-Süd-Bahn durchgearbeitet. Dabei wird deutlich, dass Sicherheitsaspekte in der Diskussion über die Streckenführung kaum eine Rolle gespielt haben. Nur die Tunnellösung sei der richtige Weg, wurde 1996 den Grünen immer wieder vorgehalten. Meine Damen und Herren, die Technik der Tunnelbohrmaschine gibt es erst seit 1985. Selbst die Firma Schüßler Plan schreibt - ich zitiere -:

Tunnel können in Böden und Bereichen hergestellt werden, die noch vor wenigen Jahren als technisch oder wirtschaftlich nicht tunnelbar galten.

Dazu gehören natürlich auch Kiesböden wie die am Waidmarkt.

Meine Damen und Herren, ich möchte nur eines zum Stadtarchiv sagen: Hier wird immer wieder das Stadtarchiv gelobt. Aber dem *Stadt-Anzeiger* von heute zufolge war das Stadtarchiv zum Schluss marode.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Das Gebäude!)

- Genau, das Gebäude. Selbstverständlich, Herr Lemper. Entschuldigung! - Ich glaube, wir sind mit dem Umzug des Stadtarchivs einfach zu spät dran.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Jetzt, ja!)

- Doch. Das ist meine Meinung. Wir müssen auch ein bisschen selbstkritisch sein. Es ist doch nicht so, dass nur alle anderen etwas falsch gemacht haben und nur der Kölner Stadtrat völlig richtig gehandelt hat. Ich meine, hier haben wir einen Fehler gemacht.

(Dr. Lothar Theodor Lemper [CDU]: Die Hellschere überlassen wir Ihnen!)

Zum Schluss möchte ich noch ein Wort zu unserem Antrag sagen. Auf meine Anfrage an

die Verwaltung ist mir mitgeteilt worden, dass in den nächsten Tagen die Machbarkeitsstudie für die Ost-West-Stadtbahn in Auftrag gegeben werden soll. Dieser Prozess muss heute gestoppt werden. Ansonsten wäre das der Startschuss für ein weiteres Projekt einer Stadtbahn, die kein Mensch will.

(Bernhard Ensmann [CDU]: Ich will nicht!)

Deswegen bitte ich Sie um Unterstützung unseres Antrags, mit dem wir die Verwaltung auffordern, tätig zu werden, dass diese Beauftragung aus dem Verkehr gezogen wird. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dann darf ich Herrn Dr. Müser bitten, anschließend Frau May.

Dr. Martin Müser (Kölner Bürger-Bündnis): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Respekt und Hochachtung ist den zahlreichen Helfern zu zollen, die sich nach dem Unglück für die Stadt Köln und ihre Bürger eingesetzt haben. Den Unglücksopfern und deren Angehörigen gilt unsere Anteilnahme, den Opfern, die ihr Hab und Gut verloren haben, unser Mitleid und unsere Unterstützung.

Zu hinterfragen ist jedoch die Rolle des Bauherrn und der für die Bauausführung Verantwortlichen. Entweder gab es Möglichkeiten, die Situation am Waidmarkt besser zu beherrschen, oder die Unbeherrschbarkeit der Situation hätte eingestanden werden müssen. Dann hätte man aktiv damit umgehen können. Wir vom Kölner Bürger-Bündnis gehen davon aus, dass verantwortliche Mitarbeiter ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden sind, indem sie das Richtige zur rechten Zeit nicht veranlasst haben. Wir stellen uns die Frage: Haben die maßgeblich Verantwortlichen nicht das Richtige getan, um dieses Unglück zu verhindern? Und falls die Verantwortlichen dieses Unglück tatsächlich nicht vorhersehen konnten: Hätte man vor dem Hintergrund der unklaren Situation überhaupt weiterbauen dürfen? Anders ausgedrückt: War die Leitidee „Et kütt wie et kütt“, oder war die Leitidee „Et hätt noch immer jut jejange“?

Von technischer Seite ist nahezu unvorstellbar, dass es keine Vorankündigung für das Unglück gegeben haben soll. Die Frage ist, ob man alles

unternommen hat, um einer solchen Vorankündigung gewahr zu werden. Selbst für einen technischen Laien ist klar, dass die Grundwassersituation und auch die Setzrisse im Archiv Ursachen gehabt haben müssen, die man nicht einfach ignorieren darf. Das Analyseergebnis, das Sie, Herr Streitberger, hier vorgetragen haben, nämlich dass der U-Bahn-Bau ursächlich für die Risse sei, ist zum großen Teil laienhaft.

Herr Fenske, Sie haben hier vorgetragen, die bauausführenden Firmen hätten keine Probleme mit dem Grundwasser gemeldet. Auch hier stellt sich die Frage, ob das passive Hinnehmen von Meldungen als Information ausreichend ist oder ob man nicht selber hätte aktiv nachforschen müssen. Das wollen wir im Detail wissen. Deshalb haben wir eine entsprechende Anfrage gestellt. Wir wollen genau wissen, wie mit den Baurisiken einer so komplizierten Baustelle umgegangen wurde, also welche verbindlichen Standards von wem aufgestellt und von wem überwacht wurden. Wir wollen wissen, ob das Risikomanagement professionell geführt wurde oder ob es aus einer zufälligen Aneinanderreihung von Ad-hoc-Entscheidungen bestand.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben in Ihrem Eingangsstatement absolute Sicherheit für diesen Bau gefordert. Das halte ich für Utopie. Das Maß aller Dinge ist ein professioneller Umgang mit den bestehenden Risiken. Nur so kann höchstmögliche Sicherheit hergestellt werden. Das hat Herr Frank hier schon dargestellt. Auch wir halten das für den richtigen Weg.

Bisher konnte man aus den Medien erfahren, dass der Technische Vorstand der KVB davon ausgeht, alles gesetzlich vorgeschriebene unternommen zu haben. Zu allem anderen, was darüber hinausgeht, wollte bzw. konnte er nichts sagen, weil jetzt der Staatsanwalt ermittelt. Auch Sie, Herr Fenske, haben hier lediglich angeführt, die notwendigen Gutachten seien erstellt worden; aber über hinreichende Gutachten, über nachforschende Gutachten haben Sie hier nichts gesagt.

Meine Damen und Herren, Verantwortung zu übernehmen, sieht anders aus. Verantwortung übernehmen heißt, Prozesse aktiv zu beherrschen oder Prozesse, die man beeinflusst, ohne sie zu beherrschen, zu hinterfragen. Sich verantwortlich zeigen bedeutet nicht, sich daran zu orientieren, ob man dadurch selbst juristisch angreifbar wird, sondern, alles zu unternehmen,

damit etwas erfolgreich, in diesem Fall diese Baustelle sicher ist.

Herr Granitzka, Sie haben hier gesagt, dass Sie es gut fanden, dass sich der Oberbürgermeister gegenüber der KVB mit seiner Forderung durchgesetzt hat, zumindest die Baustellen, die nicht notwendig sind, erst einmal stillzulegen. Ich sage Ihnen: Ich finde es traurig, dass sich der Oberbürgermeister gegenüber der KVB durchsetzen musste. In einer solchen Situation muss man auch einmal nach links und nach rechts schauen, meine Herren von der KVB, und nicht erst einen zusätzlichen Schritt tun, wenn man dazu verpflichtet wird.

Jetzt im Nachhinein werden zum Beispiel rund um das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium Bodensonden zur Kontrolle von Erdbewegungen ausgebracht. Die Existenz eines möglichen Hohlraums unter dem Archiv, die man weit vor Baubeginn durch entsprechende Untersuchungen ausgeschlossen hatte, wird jetzt als wahrscheinliche Ursache angesehen. Bezüglich der technischen Risiken hat vor dem 3. März niemand davon geredet, dass es ein Grundwasserproblem am Waidmarkt gibt, das nicht beherrschbar ist. Es wurde auch nicht davon geredet, dass es zu einem sogenannten hydraulischen Grundbruch kommen kann, durch den Hunderte von Schülern, die tagtäglich an einer Bushaltestelle vor dem Historischen Archiv ein- und aussteigen, oder gar Tausende von Rosenmontagszuschauern gefährdet sein könnten. Jetzt im Nachhinein erklären alle Sachverständigen oder solche, die sich dazu berufen fühlen - das hat Herr Sterck hier richtig ausgeführt -, dass solche Probleme nahezu übliche Begleiter einer solchen Tunnelbaumaßnahme seien und welche möglichen Ursachen infrage kämen.

Meine Damen und Herren, ein weiteres großes Unglück ist der Vertrauensverlust. Herr Börschel hat das hier zu Recht angeführt. Welches Maß an Sicherheit wird hier überhaupt zugrunde gelegt? Ich kann nur sagen: Herr Fenske und Herr Reinarz, eine meiner Töchter geht auf das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium. Wenn Sie mir heute versichern würden, das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium sei sicher und meine Tochter könne dort wieder hingehen, würde ich keinen Pfifferling dafür geben und meine Tochter zu Hause lassen. - Danke.

(Karsten Möring [CDU]: Das braucht sie auch nicht, weil eine andere Schule bereitgestellt wird!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Nächste Rednerin ist Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich muss zunächst sagen: Angesichts dieses Themas finde ich die Lautstärke, die hier seit einiger Zeit herrscht, beschämend.

(Beifall bei pro Köln sowie von Teilen der Besucher auf der Tribüne)

Keine Kenntnisse, keine Probleme - das waren die Aussagen der KVB hier. Über den Overhead-Projektor-Vortrag möchte ich mich lieber nicht äußern. Aber: Keine Kenntnisse, keine Probleme - das ist nicht stimmig.

„Weiterbauen“, so lautete die Aussage der großen Fraktionen hier im Rat. Auch das ist nicht stimmig. Denn wenn es nicht stimmig ist, dass es vorher keine Probleme und keine Kenntnisse gegeben hat, dann kann man sich an diesem Ort nicht so äußern.

Was soll denn noch passieren? Oder darf man diese Frage hier nicht stellen? Ist all das Leid, diese nationale Katastrophe nicht schon genug? Weil das passiert ist, muss das ganze Bauvorhaben kritisch auf den Prüfstand. Ja, man ist moralisch dazu verpflichtet, darüber nachzudenken, ob man überhaupt weiterbauen kann. Dazu, meine Damen und Herren, habe ich hier bisher noch nichts gehört. Ich finde das beschämend.

(Beifall bei pro Köln)

Diese Worte hätte ich erwartet. Es stellt sich nicht die Frage, dass wir darüber hier und jetzt entscheiden. Aber wir müssen das hier und jetzt diskutieren. Das erwarten die Bürger; das erwarten die Menschen, die an der Severinstraße wohnen oder gewohnt haben; das erwarten die Angehörigen der Menschen, die gestorben sind oder noch vermisst werden. Dazu habe ich hier und heute eine politische Diskussion erwartet.

Ich rede nicht vom Oberbürgermeister; das sollten Sie bitte unterscheiden. Ich werde den Oberbürgermeister auch nicht angreifen. Ich habe einen Mann erlebt, der zutiefst betroffen war und aus dieser Betroffenheit heraus reagiert hat. Ich sehe keinen Grund, unseren Oberbürgermeister, der diese Sondersitzung einberufen hat, zu kritisieren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Sondersitzung hätte von den großen Fraktionen einberufen werden können. Schauen Sie einmal in die Gemeindeordnung. Auch Sie waren untätig.

(Martin Börschel [SPD]: Der Antrag ist gestellt! - Winrich Granitzka [CDU]: Wir haben einen Viererantrag gestellt, Frau May!)

Am Freitag haben wir zusammengesessen und beraten, was wir hier machen. Da hätte ich klare Worte erwartet. Aber ich habe keine gehört.

Das ganze Bauvorhaben muss auf den Prüfstand. Damit zur nächsten Frage: Wem gehört die KVB? Die KVB gehört der Stadt und ihren Bürgern. Wer entscheidet für die Bürger? Wer sind die gewählten Vertreter? Das ist der Rat. Der Oberbürgermeister kann die KVB nur bitten, etwas zu tun. Wer hier etwas anderes sagt, der irrt. Der Oberbürgermeister kann nur appellieren. Der Entscheidungsträger, der Souverän ist dieser Rat. Bisher hat der Rat noch nichts entschieden.

In den bisherigen Beiträgen war immer nur von Weiterbauen die Rede. Am Ende dieser Sondersitzung müssten wir hier eine Entscheidung treffen, und zwar auch dann, wenn die KVB, wie sie hier gesagt hat, an bestimmten Stellen nicht weiterbauen werde, ehe bestimmte Gutachten öffentlich gemacht worden sind. Das können wir heute beschließen. Wir als Entscheidungsträger können in dieser Situation nicht alles der KVB überlassen. Das geht nicht. Ich möchte Herrn Sterck loben, der als Einziger hier die Verantwortung des Rates als Entscheidungsträger klar angesprochen hat. Das fand ich sehr beachtlich.

Der Schreibtisch des Oberbürgermeisters wankte, aber eigentlich müsste der Stuhl des Herrn Reinartz wackeln.

(Beifall bei pro Köln)

Sein Stuhl müsste wackeln, wenn er denn nicht so weich gepolstert wäre. Meine Damen und Herren, hier sitzen die Verantwortlichen, die seinen Stuhl so weich abgepolstert haben.

(Winrich Granitzka [CDU]: Woher wissen Sie denn, wer verantwortlich ist?)

Das ist ein Sinnbild dafür, dass wir hier natürlich auch über die Verantwortlichkeit von Personen reden. Das heißt nicht, dass wir sie verurteilen. Es geht hier nicht um eine Vorverurteilung. Aber

zuständig für das Krisenmanagement ist eben auch der Vorstand der KVB. Ich wiederhole noch einmal dessen Aussage: keine Kenntnisse, keine Probleme. Wenn da nicht ein Stuhl wackelt, was denn dann?

Ich appelliere an diesen Rat, heute die klare Entscheidung zu treffen, dass an den kritischen Stellen auf keinen Fall weitergebaut wird. Ich persönlich bin der Meinung: Nach dieser Katastrophe sollte man diese U-Bahn überhaupt nicht weiterbauen. Man kann doch jetzt nicht noch mehr Geld in diese Grube hineinwerfen. Das ist meine Meinung. Dazu stehe ich. Nur das kann ich mit meinem Gewissen vereinbaren. Das will ich hier klar sagen. Ich appelliere an den Rat, zum Ende dieser Sitzung einen Entschluss zu fassen, an den sich die KVB zu halten hat. Das erwarte ich. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke, Frau May. - Herr Ludwig hat sich gemeldet.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Weder die Ratsmitglieder noch die Anwohnerinnen und Anwohner können sich eine Woche nach dem Unglück ein abschließendes Urteil über die Ursachen des Einsturzes der Baustelle und der Gebäude bilden. Es gibt aber - das zeigen die Medienberichte der letzten Tage; darauf zielen auch viele Anfragen heute ab - Zweifel daran, ob die KVB und die beteiligten Baukonzerne wirklich alle Maßnahmen ergriffen haben, um die Baustelle sicher zu machen.

In einem Fernsehinterview hat der Projektleiter der KVB, Herr Papst, sinngemäß gesagt, man hätte das Unglück auch dann nicht verhindern können, wenn man die Messungen zehn Minuten vorher durchgeführt hätte. Ich kann nicht beurteilen, ob das stimmt. Aber ich denke, selbst wenn diese Aussage richtig ist, entlastet das die KVB und die beteiligten Baukonzerne keineswegs. Das würde nämlich bedeuten, dass es beim Bau der Nord-Süd-U-Bahn Risiken gibt, die unvorhersehbar sind und die so schnell zu Unfällen führen können, dass man nur noch schnell weglaufen kann.

Das führt zu weiteren Fragen: Haben die KVB, die beteiligten Baukonzerne, die Ingenieurbüros ausgeschlossen, dass es zu solchen Ereignissen kommen kann, dass so blitzschnell Wasser eindringen und das Erdreich einbrechen kann?

Wenn sie es ausgeschlossen haben, dann haben sie einen Fehler gemacht. Das Warum wird zu untersuchen sein. Wenn sie es nicht ausgeschlossen haben, dann müssen sich alle Verantwortlichen - ich meine das nicht im juristischen, sondern im politischen Sinne; ich meine die Parteien im Stadtrat, die die U-Bahn wollten und sie beschlossen haben, die KVB, die Baukonzerne, die Verwaltung, also all diejenigen, die zuständig sind - die Frage gefallen lassen, ob es grundsätzlich verantwortbar ist, in solch einem schwierigen Terrain eine U-Bahn zu bauen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, Kollegin Demirel und ich haben einen Änderungsantrag zum Antrag von Frau May eingebracht. Wir halten eine Neubewertung des gesamten Projekts für nötig. Wir halten ein Moratorium der Ausbauarbeiten für nötig. Natürlich - darüber brauchen wir nicht zu diskutieren - müssen Baumaßnahmen, die der Sicherung der Baustelle dienen, vorgenommen werden. Das ist vollkommen klar. Aber uns reicht nicht ein vorläufiger Baustopp im Sinne des Oberbürgermeisters, sozusagen um Nerven und Gewissen zu beruhigen. Wir wollen einen Baustopp, zum einen um die vollständige Sicherheit zu gewährleisten und zum anderen um eine breite öffentliche Debatte über diesen U-Bahn-Bau in Gang zu setzen. Die Entscheidung, ob diese U-Bahn fertiggestellt wird oder nicht, darf nicht in den Klügelhinterzimmern der etablierten Parteien, der Verwaltung und der KVB fallen. Das muss in einer breiten öffentlichen und demokratischen Debatte geklärt werden.

(Beifall von Özlem Demirel
[Die Linke.Köln])

Die Forderung der in diesem Fall wirklich nur Möchte-gern-Populisten von pro Köln, den Bau jetzt unwiderruflich zu stoppen und die U-Bahn-Schächte mit Beton zuzuschütten, ist natürlich pure Idiotie. Aber bevor eine Entscheidung getroffen wird, möchten die Menschen in Köln wissen: Können weitere Risiken ausgeschlossen werden? Wie sicher ist die bisherige Baustelle? Wie sicher wäre der Betrieb der U-Bahn? Welche Kosten werden entstehen, wenn weitergebaut würde? Denn von 1 Milliarde Euro Bauhauptkosten kann jetzt keine Rede mehr sein. Es wird noch einiges dazukommen: zusätzliche Ausgaben für den vorläufigen Baustopp, Sicherheitsmaßnahmen, Untersuchungen, Entschädigungszahlungen etc. Wie teuer wird diese U-Bahn im Betrieb sein? Wir möchten auch wissen: Welche Kosten

entstehen bei einer gesicherten Stilllegung der bisherigen Bauten?

Am Ende dieser öffentlichen Debatte kann sich herausstellen, dass vor allen Dingen die leidgeprüften Anwohnerinnen und Anwohner in der Südstadt, nachdem sie all das schon durchgemacht haben, sagen: Das soll nicht umsonst gewesen sein. Das Ding ist fast fertig. Die Milliarde ist verbuddelt. Dann baut das Scheißding doch fertig. Dann sind wir wenigstens einige Minuten schneller am Chlodwigplatz. - Das ist eine Möglichkeit. Es kann sich aber auch herausstellen, dass es weder technisch noch finanziell leistbar ist, diese U-Bahn fertig zu bauen. Oder aber es kann sich herausstellen, dass es am Widerstand der Bevölkerung scheitert, dieses Projekt zu Ende zu bringen.

Eines ist doch klar: Diese U-Bahn war von vornherein für die Menschen in Köln unnötig. Das war und ist ein Projekt, das letztendlich nur den beteiligten Baukonzernen und den kreditgebenden Banken wirklich Vorteile bringt. Das war kein Projekt im Interesse der Bevölkerung. Das ist das typische Produkt einer Stadtentwicklung wie so viele andere Projekte in dieser Stadt - aktuellstes Projekt ist die Sürther Aue -, bei dem nicht zum Wohle der Bevölkerung gearbeitet wird, sondern bei dem es nur darum geht, das Geld in die Taschen einiger weniger, nämlich Banken und Konzernen, zu stecken, die offensichtlich bestimmen, was hier in dieser Stadt entwickelt wird.

(Beifall eines Besuchers auf der
Tribüne)

Diese Logik der Stadtentwicklung wollen wir durchbrechen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich die Stadtentwicklung zurückholen und die Stadt demokratisieren, damit nicht abgehobene Bürokraten und profitorientierte Baukonzerne und Banken darüber entscheiden. Deswegen sind jetzt ein Moratorium, die Sicherung der Baustelle und eine breite Debatte notwendig, an deren Ende - da bin ich ganz offen; ich würde nicht behaupten, dass ich heute eine Lösung dafür habe - entweder herauskommen kann: Die Milliarde ist schon versenkt; das wird jetzt fertig gebaut, oder aber: Dieses Projekt wird aufgehoben.

Bei allen Differenzen, die wir über diese konkrete Frage in unserer Fraktion Die Linke haben, ist eines klar - das hat Kollege Detjen hier schon begründet -: Weitere U-Bahn-Projekte kann es nicht geben. Insofern stellt sich noch die Frage

an die FDP: Was machen Sie eigentlich jetzt mit Ihrem Wahlprogramm? Darin heißt es ja: Tieferlegung des Barbarossaplatzes, Ost-West-U-Bahn, Verlängerung der Nord-Süd-U-Bahn. Können Sie das jetzt noch gebrauchen, oder müssen Sie ein neues Programm schreiben?

An die anderen Parteien, den Oberbürgermeister und die KVB möchte ich abschließend die Frage richten: Wenn Sie all das, was Sie heute wissen - Kostenexplosion des Projektes, Schwierigkeiten und Risiken, die im Boden lauern -, schon früher gewusst hätten: Würden Sie sich heute wieder dafür entscheiden, diese U-Bahn zu bauen? Das ist keine rhetorische Frage. Ich meine das ernst. Bitte beantworten Sie mir und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt diese Frage. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln sowie von Teilen der Besucher auf der Tribüne)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Es gibt noch zwei Wortmeldungen, zum einen von Herrn Streitberger, zum anderen von Herrn Reinarz. Ich möchte Sie bitten, die Stellungnahmen in dieser Reihenfolge abzugeben. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? - Okay, dann nehmen wir sie auf. - Herr Streitberger.

Beigeordneter Bernd Streitberger: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte sagen: Mit einer Machbarkeitsstudie für eine U-Bahn trifft man noch keine Entscheidung, ob ein solches Bauwerk geplant und errichtet wird. In Anbetracht der jetzigen Situation werden wir diese Machbarkeitsstudie aber bis auf weiteres nicht in Auftrag geben.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Herr Reinarz, bitte.

Walter Reinarz (KVB): Ich möchte ein Thema kurz klarstellen, das Herr Detjen vorhin angesprochen hat. Da er nicht bei uns im Aufsichtsrat ist, kennt er vermutlich nicht die vollständigen Unterlagen. Das Thema Tertiärbaugrube ist im Aufsichtsrat tatsächlich angesprochen worden. Es ist dargestellt worden, dass ein neuer Tertiärbrunnen gebohrt worden ist. Das ist richtig. Aber es wurde kein Problem

geschildert, sondern es wurde nur davon gesprochen, dass das durchgeführt wurde.

Ein weiterer Punkt: Herr Fenske hatte vorhin ausgeführt, dass in der Baubesprechung der bauausführenden Firmen und der Projektleitung der KVB am 26. Januar die Aussage getätigt worden ist, dass keine Bedenken bestehen und die Wasserhaltung derzeit wieder vernünftig funktioniert.

Dann noch ein Hinweis: Sie hatten die Unterwasserbetonage angesprochen. Diese wurde von der KVB und unseren Baufirmen auch angewandt, und zwar am Bonner Wall.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Sterck und Herr Detjen hatten sich noch einmal gemeldet. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Ehe wir nachher zu den Anträgen kommen, lassen Sie mich noch etwas feststellen. Es ist schon interessant, in der heutigen Sitzung zu sehen, dass sich Rechts- und Linksextreme in ihrer Einschätzung und ihren Lösungsansätzen treffen.

(Petra May [Einzelmandatsträgerin]: Herr Sterck!)

Das wollte ich noch einmal ansprechen, obwohl wir die Vorschläge, die aus diesen Richtungen kommen, normalerweise hier mit Missachtung strafen.

Den Zuhörerinnen und Zuhörern auf der Tribüne, die das vielleicht nicht so mitbekommen haben, aber auch den Pressevertretern möchte ich noch einmal Folgendes klarmachen, damit morgen nicht lediglich in der Zeitung steht, pro Köln habe hier den Baustopp gefordert: Pro Köln schlägt vor, mehrere Hundert Millionen Euro zu investieren, um den U-Bahn-Tunnel der Nord-Süd-Stadtbahn mit Beton zu füllen. Das ist sicherlich eine sehr kreative Idee, die hier eingebracht worden ist. Aber man muss auch überlegen, was diese Betonader im Kölner Untergrund den Steuerzahler kosten würde.

In Richtung von Herrn Ludwig sage ich: Natürlich haben wir jetzt Ausgaben von etwa 1 Milliarde Euro. Aber die Zuschussgeber, nämlich Land und Bund, würden das Geld zurückverlangen, wenn wir den Verkehrswert nicht herstellen können. Dann würde diese U-Bahn nicht 1 Milliarde Euro kosten, sondern vielleicht 1,5

Milliarden Euro. Das hätten Sie dann mit Ihrer Politik verursacht. Ich glaube, auch diesen Aspekt müssen die Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne kennen, um beurteilen zu können, warum es keine Alternative sein kann, eine Betonader durch den Kölner Untergrund zu legen, die man nachher nicht nutzen kann.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Herr Detjen, danach Herr Rouhs.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Sterck, Sie sind doch nur sickig, weil Ihre Ost-West-U-Bahn gerade versenkt wird.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Das ist doch der Hintergrund. Jetzt wird die Machbarkeitsstudie erst einmal gestoppt. Ich gehe davon aus, Herr Streitberger, wenn so etwas neu angedacht wird, kommt das noch einmal hier in den Rat.

(Ralph Sterck [FDP]: Das ist ein Ratsbeschluss!)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Das können wir in den Rat bringen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wir können festhalten: Wenn das noch einmal neu überdacht wird, wird der Rat unterrichtet. Wenn es heißt, man wolle das umsetzen, können wir sagen: Nein, das wollen wir nicht umsetzen, oder wir können sagen: Ja, das wollen wir so umsetzen. Wenn Sie dann an der Regierung sind, haben wir halt Pech gehabt. Wenn nicht, haben wir vielleicht Glück. Auf jeden Fall haben wir erst einmal durchgesetzt, dass diese Machbarkeitsstudie zur Ost-West-Bahn nicht in Auftrag gegeben wird.

Ansonsten, Herr Sterck, finde ich es eher interessant, dass der Begriff „Moratorium“ von zwei Leuten in dieser Debatte benutzt wurde, nämlich von Herrn Oberbürgermeister Schramma und von Herrn Ludwig. Das ist ein interessantes Bündnis, was ich mir auch nicht hätte vorstellen können. - Danke schön.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Glauben Sie mir, Herr Detjen, da passiert nicht mehr. - Herr Rouhs hat sich gemeldet.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die billige Polemik, mit der die Herren Detjen und Sterck ihre Privatfehden austragen, scheint mir dem Anlass dieser Ratssitzung unangemessen zu sein.

Aufschlussreich indessen ist der Verlauf dieser Debatte, insbesondere auch die Art und Weise, wie sich die KVB-Führung hier darstellt und wie dieses stadtnahe Unternehmen in den letzten Tagen seine Informationspolitik betrieben hat.

Am Freitag vergangener Woche, also vor wenigen Tagen, haben wir hier im Rathaus in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung zusammengesessen. Die Feuerwehr hat einen Lagebericht gegeben. Ich habe mir erlaubt, an Herrn Fenske die Frage zu richten, ob es im Zusammenhang mit der KVB-Baustelle im Severinsviertel Probleme in der Wasserhaltung gegeben habe. Herr Fenske hat darauf ausdrücklich geantwortet: Nein, solche Probleme hat es nicht gegeben.

Das im Folgenden vonseiten der KVB-Vertreter Geäußerte indiziert aber etwas anderes. Wenn es in dem Lichtbildvortrag, der ansonsten eher nichtssagend gewesen ist, heißt, eine der bauausführenden Firmen habe sich bei der KVB gemeldet und artikuliert, dass sie einen finanziellen Mehrbedarf hat, weil sie in einem weit höheren Maße Wasser aus dieser Baugrube herauspumpen muss als ursprünglich vorgesehen, dann kann man doch, wenn man mit einigem Verstand an diesen Sachverhalt herangeht, diesen als ein Problem in der Wasserhaltung beschreiben, oder etwa nicht?

Wenn Herr Reinarz hier gerade eben äußert, es sei der KVB gemeldet worden, dass jetzt mit der Wasserhaltung alles in Ordnung sei, dann impliziert das: Bevor diese Meldung bei der KVB eingetroffen ist, war mit der Wasserhaltung nicht alles in Ordnung. Das heißt auch, dass die veröffentlichten Aussagen, die ja nicht nur auf Äußerungen von Menschen beruhen, die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben und jetzt ins Blaue spekulieren, sondern auch von Leuten kamen, die im Spezialtiefbau tätig sind und sich mit der Materie unmittelbar auseinandergesetzt haben, keineswegs derart auf Sand gebaut sind wie dieses Projekt der KVB und der Kölner Stadtspitze.

Meine Damen und Herren, wir haben es hier natürlich auch mit einer Verwirrung der Begriffe zu tun, von der im Übrigen auch der Oberbürgermeister zeitweise befallen war. Wir

haben den Begriff „Baustopp“ auf der einen Seite, und wir haben den Begriff „Baubeendigung“ auf der anderen Seite. Ich will der Debatte über die Anträge, die hier zur Abstimmung stehen, nicht vorgreifen. Aber wir beantragen hier natürlich eine Baubeendigung. Dass man diese Bauruine, die uns die Stadtspitze und die KVB hinterlassen haben, nicht einfach so stehen lassen kann, liegt auf der Hand; denn von einem solchen Übergangszustand gehen viel höhere Gefahren für die Allgemeinheit aus. Deshalb kann jetzt nicht einfach der Griffel fallen gelassen und nichts mehr gemacht werden. So weit reicht sicherlich der Sachverstand jedes einzelnen Beteiligten.

Es muss aber klipp und klar gesagt werden: Von der KVB-Führung wird eine Informationspolitik im Stil einer Salamataktik betrieben. Eingestanden wird immer nur das, was sich überhaupt nicht mehr leugnen lässt. Es wird so lange behauptet, dass alles in Ordnung gewesen sei, bis das Gegenteil bewiesen ist. Dem beugt auch nicht der Umstand vor, dass die KVB jetzt endlich, viel zu spät, erst nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist, unabhängige Gutachter beauftragt. Das passiert auch nur in Anbetracht der Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft ohnehin genau dasselbe tun wird, mithin eine von unabhängigen Gutachtern betriebene Auseinandersetzung mit diesem Katastrophenfall von der KVB gar nicht verhindert werden könnte. Das, meine Damen und Herren, ist kein gutes Zeichen. Es wirft ein Schlaglicht auf Zusammenhänge, die offenbar zu dieser Katastrophe geführt haben, und lässt bei mir Zweifel daran aufkommen, dass mit dieser KVB-Führung ein solches Bauprojekt zu einem guten Ende geführt werden kann.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Dazu möchte der Chef der KVB, Herr Fenske, noch einmal kurz Stellung nehmen.

Jürgen Fenske (KVB): Sie haben behauptet, Sie würden mich zitieren. Ich kann gar nicht gesagt haben: Probleme in der Wasserhaltung hat es nicht gegeben. Ich habe vermutlich gesagt: Ich weiß nichts davon, dass es solche Probleme gegeben hat. Das habe ich gerade ausgeführt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Vielen Dank. So ist es das manchmal mit der Wiedergabe von Zitaten. Man muss schon darauf achten, was wirklich gesagt worden ist. Das kennt man. Danke schön, Herr Fenske. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Fenske, Sie als Sprecher der KVB haben an einer Runde teilgenommen, in der zum Beispiel auch die Vertreter der Feuerwehr zugegen waren, die selbstverständlich darauf angewiesen waren, unter anderem auch von Ihrem Unternehmen möglichst zeitnah alle notwendigen Informationen zu bekommen, um diesen lebensgefährlichen Einsatz durchführen zu können. Wenn es bei der KVB Leute gegeben hat, die Kenntnisse über Probleme in der Wasserhaltung hatten, dann hätten Sie als KVB-Vertreter diese Kenntnisse in dieser Runde mitteilen müssen; denn man kann doch erwarten, dass solche Kenntnisse innerhalb des Betriebes auch an Sie kommuniziert worden sind.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt sehe ich jetzt nicht. Dann können wir die Aussprache zu diesem Punkt der Tagesordnung beenden. - Herr Detjen noch einmal.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ich habe vergessen, zu sagen, dass wir unseren Antrag auf Grundlage der Information von Herrn Streitberger und auf Ihren Einwand, dass der Rat vorher einbezogen werden muss, zurückziehen werden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. Tagesordnungspunkt 1.2 entfällt dann für heute.

Meine Damen und Herren, jetzt kämen wir zu den Anfragen. Nun habe ich aber gehört, dass Herr Börschel einen Vorschlag machen möchte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass jede Frage, die hier ergänzt und vertieft werden kann, behandelt werden sollte. Aber vor dem Hintergrund Ihres Vorhabens, auch den Hauptausschuss regelmäßig in die Thematik einzubeziehen, möchte ich anregen, dass alle Anfragen und

natürlich die Antworten, die teilweise noch ausstehen, in jedem Fall in den Hauptausschuss verwiesen und dort regelmäßig behandelt werden. Das, was jetzt noch zu klären ist, sollte durchaus geklärt werden. Nur generell gehört das dann auch noch in den Hauptausschuss.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Ist der Vorschlag so zu verstehen, dass wir die Anfragen unter 2.1 bis 2.5 jetzt in den Hauptausschuss verweisen, oder wollen Sie zu den schon beantworteten Fragen jetzt noch Stellung nehmen oder Rückfragen stellen? Einige Antworten liegen ja schon vor.

Martin Börschel (SPD): Da kann ich natürlich nur für meine Fraktion und mich sprechen. Wir würden auf die Rückfragen, die in der Tat bestehen, zumindest was die Beantwortung unserer 25 Fragen betrifft, dann im Hauptausschuss zurückkommen.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. Wie ist die Meinung der anderen Fraktionen? -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dem würden wir uns anschließen!)

Ich sehe, dass sich die Fraktionen der CDU und Grünen dem anschließen. Das ist schon eine Mehrheit. Aber ich lasse noch darüber abstimmen. - Sie haben dazu eine Frage, Herr Rouhs. Bitte.

Manfred Rouhs (pro Köln): Auf eine unserer Anfragen haben wir noch keine Antwort bekommen. Da sind wir mit der Hauptausschussregelung einverstanden. Das war auch die kompliziertere unserer beiden Anfragen. Aber zu der Anfrage, zu der hier schon eine Antwort vorliegt, würde ich schon gerne hier im Rat und vor der Öffentlichkeit Nachfragen stellen, weil es nach meiner Meinung ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit gibt, an den Antworten, die uns die Verwaltung darauf gibt, zu partizipieren.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Der Hauptausschuss ist übrigens auch öffentlich, Herr Rouhs.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Von drei Fraktionen wurde der Antrag gestellt, dass die

Tagesordnungspunkte 2.1 bis 2.5 auf den nächsten Hauptausschuss am 19. März verschoben werden mit der Maßgabe, dass sich die Verwaltung bemüht, die restlichen Fragen bis dahin möglichst komplett zu beantworten und diese Antworten Ihnen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Das ist natürlich ganz wichtig. Das war jetzt natürlich eine sehr kurze Frist. Aber bis dahin werden wir noch daran arbeiten. Wer dem zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist eine ganz große Mehrheit. Gegenstimmen? - Gegen pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den noch verbliebenen Anträgen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 1.1 auf:

1.1 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend „Beendigung des Baus der Nord-Süd-Stadtbahn“ AN/0392 /2009

Wer spricht dazu? - Herr Rouhs.

Manfred Rouhs (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben heute in diesem Gremium Zweifel an der prinzipiellen Durchführbarkeit eines U-Bahn-Baus in Großstädten gehört. Die ersten Zweifel dieser Art entstanden offenbar unter dem Eindruck vor Ort bei der Besichtigung der Unglücksstelle und wurden von Oberbürgermeister Fritz Schramma artikuliert.

Auch ich habe mich - das gebe ich freiweg zu - erst nach dieser Katastrophe ausführlich mit der Problematik des U-Bahn-Baus befasst. Ich habe allerdings Fachleute konsultiert, die eine ganze Reihe von, wie ich finde, handfesten und überprüfbaren Informationen in diesem Zusammenhang kommunizieren konnten, die das Gegenteil belegen.

Prinzipiell ist es selbstverständlich möglich, auch in Großstädten U-Bahn-Projekte voranzutreiben, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass sehr präzise und sehr verantwortlich alle Fachkenntnisse, die hier in Mitteleuropa zu diesem Thema vorhanden sind, in die Realisation eines solchen Projektes einfließen. Vor allem muss sichergestellt sein, dass in dem Moment, in dem ein solches Großprojekt realisiert wird, jemand eingesetzt wird, der vom Fach selber Ahnung hat, der ein ausgebildeter Ingenieur ist, der Erfahrung mit dem U-Bahn-Bau hat und bei dem alle projektrelevanten Informationen zusammenfließen. Dann ist es ohne weiteres möglich, auch in einer Großstadt

eine U-Bahn zu bauen. Der Betreffende muss natürlich in dem Moment durchsetzungsfähig sein, wenn ein Problem auftritt, wenn es darum geht, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf abzielen, das Problem zu lösen. Genau daran mangelt es ganz offensichtlich beim Bau der Kölner U-Bahn, dem in technischer Hinsicht derzeit anspruchsvollsten Projekt dieser Art in ganz Deutschland; denn offenbar hat dieses Kommunikationsmanagement nicht funktioniert.

Die Verwaltung hat auf eine unserer Anfragen mitgeteilt, die Risse und Absetzungen am Gebäude des Historischen Archivs der Stadt Köln seien dem U-Bahn-Bau zugerechnet worden. Man habe begutachtet, dass sich das Gebäude selbst in einem statisch nicht weiter dramatischen Zustand befunden hat. Weil das der Fall gewesen sei, habe man entschieden, dass hier nichts weiter zu veranlassen ist.

Eine ganz entscheidende Frage ist vonseiten der Verwaltung jedoch nicht beantwortet und damals auch nicht weiter untersucht worden: Dort, wo eine U-Bahn gebaut wird, kann der Umstand, dass Risse und Setzungen an benachbarten Gebäuden auftreten, verschiedene Ursachen haben. Es ist möglich, dass diese Veränderungen an Gebäuden unmittelbar auf den vom U-Bahn-Bau verursachten Eingriff in das Erdreich zurückzuführen sind. Wenn also ein Tunnel vorangetrieben wird oder wenn in einer Verbauweise die Grubenwände abgestützt werden, kann es zu Beeinträchtigungen kommen, die, wenn sie nicht unmittelbar statisch gefährliche Folgen zeitigen, tatsächlich beherrschbar sind. Dann genügt auch ein einfaches Gutachten, das feststellt, dass das Gebäude nicht unmittelbar einsturzgefährdet ist. Wenn es das nicht ist, muss nichts weiter unternommen werden.

Es kann aber auch passieren, dass wegen eines solchen U-Bahn-Bauprojekts nachhaltige Eingriffe in den Wasserhaushalt vorgenommen werden, die dann zur Bildung von Hohlräumen führen. Eine solche Hohlräumbildung kann selbstverständlich Folgen zeitigen, die über die erstgenannte Kategorie von Beeinträchtigungen weit hinausgehen.

Im Bereich der Severinstraße ist ganz offenbar aus der Baugrube, nachdem dort Probleme mit dem Grundwasser aufgetreten sind, mit entsprechend erhöhter Pumpenkapazität Wasser herausgepumpt worden, und zwar auf Teufel komm raus. Dann kam es fast schon, wie es kommen musste. Der Teufel kam tatsächlich

heraus, und es kam zu dieser Katastrophe, mit der die Stadt Köln heute konfrontiert ist.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, hören Sie doch jetzt, da ich Ihnen einen sachbezogenen Vortrag halte, wenigstens einmal zu, nachdem all das, was Teile der Kölner Kommunalpolitik in diesem Zusammenhang bislang gemacht haben, offenbar zu Folgen geführt hat, mit denen man - das müssen Sie sich doch eingestehen - im engeren Sinne des Wortes nicht leben kann. Versuchen Sie doch jetzt wenigstens einmal, ein kleines bisschen Selbstdisziplin an den Tag zu legen.

Wenn ein Fall wie der zuletzt geschilderte vorliegt, müssen weitergehende Untersuchungen angestellt werden. Hier hätten Bodensondierungen gemacht werden müssen, um festzustellen, ob es eine Hohlräumbildung gegeben hat. Im Falle der Severinstraße ist das Ausmaß des Unglücks, wie sich allein schon anhand der Luftbilder belegen lässt, so groß, dass auch die Hohlräumbildung derart umfangreich gewesen sein muss, dass diese sich nicht innerhalb weniger Tage vollzogen haben kann. Wenn nach den Beobachtungen im November/Dezember vonseiten der Stadt die entsprechenden Sondierungsbohrungen angeordnet worden wären - eine Ingenieurin aus Leverkusen, die hier tätig war, hatte ja empfohlen, weitere Sondierungen vorzunehmen -, dann hätte diese Hohlräumbildung beobachtet werden können. Dann wäre es auch möglich gewesen, die Katastrophe vom 3. März 2009 zu verhindern.

Diese Katastrophe kam zustande, weil offenbar die aufliegenden Informationen nicht bei einer sachkundigen und auch einflussreichen Person, die Entsprechendes hätte veranlassen können, zusammengefloßen sind. Das bleibt über den Tag hinaus die Schuld der Beteiligten.

Keine Sorge, Herr Schramma, ich komme zum Schluss. Ich muss Ihnen aber noch eine unbequeme Wahrheit sagen: Ein solcher U-Bahn-Bau ist realisierbar, aber nicht unter den Verhältnissen, die in dieser Stadt herrschen.

Deswegen haben wir hier einen Vorschlag gemacht zur sofortigen, radikalen Beendigung - wohlgermerkt: nicht Abbruch, sondern Beendigung - dieses Bauprojektes. Unter den bestehenden Verhältnissen ist das die einzige verantwortbare Lösung, die wir uns vorstellen können.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen. Wer für den Antrag von pro Köln ist, bitte ich das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln selbst. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt:

**1.3 Antrag von Ratsmitglied May betreffend „Einstellung der Bauarbeiten an der U-Bahn aufgrund der vom Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln geforderten Todesopfer“
AN/0452/2009**

**Änderungs- bzw. Zusatzantrag von Özlem Demirel (Die Linke.Köln) und von Claus Ludwig (Die Linke.Köln)
AN/0483/2009**

Herr Ludwig hat zu diesem Änderungsantrag zwar schon einiges gesagt, aber er kann selbstverständlich noch einmal dazu sprechen. - Zunächst Frau May, bitte.

Petra May (Einzelmandatsträgerin): Ich nehme die Änderungen, die Herr Ludwig vorschlägt, dazu und werde jetzt nicht dazu reden.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Okay. - Herr Ludwig.

Claus Ludwig (Die Linke.Köln): Inhaltlich habe ich unseren Antrag eben schon begründet. Da die Aufmerksamkeit wegen der Rede von Herrn Rouhs inzwischen wieder abgesunken ist, möchte ich nur noch einmal daran erinnern, was wir vorschlagen: ein echtes Moratorium, einen Check und eine breite öffentliche Debatte darüber, ob diese U-Bahn zu Ende gebaut wird oder ob es günstigere Varianten gibt.

Oberbürgermeister Fritz Schramma: Danke schön. - Dann darf ich Sie zur Abstimmung aufrufen. Wer für den Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Frau May, Frau Demirel und Herr Ludwig von der Linken sowie die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Gibt es keine. Dann ist das mit großer Mehrheit so abgelehnt.

Ich schließe die Sitzung und danke Ihnen für Ihre konstruktiven und im Wesentlichen guten Beiträge. Wir werden uns am 19. März in der Hauptausschusssitzung weiter mit dieser Thematik zu beschäftigen haben.

(Schluss: 19.06 Uhr)